



Offener Brief von Rosa Luxemburg an die RAF, die RZ sowie die autonome und antiimperialistische Bewegung. Eine Polemik.

Liebe Freundinnen und Freunde,

mir wird Angst und Bange, wenn ich mir Eure *Begründung* bspw. dafür, daß die RAF bewaffnete Aktionen allenfalls noch "als ein Moment des Zurückdrängens" des Staates, aber "nicht als weitere Strategie"ⁱⁱ will, durch den Kopf gehen lasse.

Mißstand oder Prinzip?

Nicht, daß Ihr den deutschen Staat, der meine Ermordung mitzuverantworten hat, etwa so emanzipatorisch fändet. Nein, die meisten von Euch wissen und kritisieren, daß der deutsche Imperialismus den ersten und den zweiten Weltkrieg entfesselt hat; wissen um die Niederschlagung der November-Revolution 1918; wissen um Notstandsgesetze, Berufsverbote und Deutschen Herbst; wissen um die Umstrukturierung der Bundeswehr für

Interventionen im Ausland, die Abschaffung des Asylrechts, die § 218-Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und vieles anderes mehr. Ja, Ihr kritisiert das. Nur wollt Ihr offensichtlich nicht (mehr) wahrhaben, daß diese von Euch abgelehnten "konkreten Mißstände"ⁱⁱⁱ keine Unglücksfälle sind und waren. Sie sind vielmehr im Prinzip bürgerlicher Staatspolitik enthalten. Und dieses Prinzip wird gegenwärtig *bei Euch* von wichtigen Leuten salonfähig gemacht. Ich werfe Euch nicht vor, daß Ihr neu über Eure Inhalte und Strategien diskutiert - das ist aus vielerlei Gründen notwendig -, sondern daß Ihr das in *einer* Weise tut, die erkennen läßt, wie sehr *Ihr* die Logik dieser 'Realpolitik' bereits zur Grundlage *Eurer* Politik gemacht habt.

Bspw., wenn die RAF es ablehnt (und die "Interim" diese Ablehnung begrüßt), zwischen "revolutionär" und "reformistisch" zu unterscheiden.ⁱⁱⁱ

Bspw., wenn eine RZ in ihrer Selbstauflösungs-Erklärung schreibt, daß ihre "Praxis (...) nie auf irgendeine Machtfrage" gezielt habe, und diese Haltung auch im Nachhinein als positives und auszubauendes Element ihrer bisherigen Politik bestimmt.^{iv} Bspw., wenn selbst das sich weitgehend als kommunistisch verstehende Vorbereitungsplenum Eurer diesjährigen 1. Mai-Demo in Berlin schreibt, daß sich "historisch (...) auch revolutionäre Kämpfe immer an einigen wenigen zentralen - für sich genommen 'reformistischen' - Forderungen aufgebaut (haben) und *nie* an dem 'Willen', nun der Revolution zuzustreben und eine völlig neue Gesellschaftsordnung aufzubauen"^v (Sicherlich, *allein* der revolutionäre Wille ist nicht entscheidet; aber ohne den Willen zum revolutionären Umsturz auch keine Revolution.) Oder wenn das Autonome 1 Mai Plenum - in Anbetracht Eurer Streitigkeiten in den letzten Wochen für mich recht überraschend - ganz ähnlich formuliert: "Revolution ist kein akademisch planbares Unternehmen, das in der Machtübernahme gipfelt. Sie ist vielmehr(?) ein lebendiger Prozeß (...). Der Weg ist das Ziel."^{vi} Und als bisheriger Höhe-, besser gesagt: Tiefpunkt: Wenn Autonome einen Polizeieinsatz beklatschen - teils in der Illusionen, daß die Bullen "unsere Arbeit" erledigten, teils in dem offen erklärten Wissen, daß die Bullen

"IHRE Arbeit" machen;^{vii} also autonomer Beifall für die Verteidigung von 'Recht und Ordnung'. "euer Haudraufundscluß" als Euer Noske ("Einer muß den Bluthund spielen.")? Kein Wunder deshalb, daß es in Hamburg eine "Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen" gibt, denen die staatlich inszenierten Lichterketten "näher als manche 'altbekannten' genossinnen und genossen" sind, die den affirmativen Charakter der Lichterketten kritisieren.^{viii} Fast bin ich geneigt zu glauben, daß die taz *nicht* lügt, wenn sie einen angeblichen Autonomen so zitiert: "'Opposition heißt für mich, sich mit und nicht gegen die Menschen zu wehren', meint Falko und fügt leise hinzu: 'Stell dir vor, diese Linken regieren Deutschland.'" (taz, 16.03.1993, S. 5).

Ein Streit um Wörter?

Ihr meint, der Beifall für die Bullen am 1. Mai sei ja von anderen kritisiert worden und ansonsten sollte ich mich mal nicht so haben und mich nicht an einzelnen Wörtern (Machtfrage - ja oder nein?) aufhängen? Ihr würdet Euer Ziel einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht aufgeben, sondern nur einige Wörter fallenlassen, die durch eine sektiererische und/oder stalinistische Politik, die auch ich ablehnen würde, diskreditiert seien?

Kommt mir bitte nicht mit solchen Ablenkungsversuchen - an Eurem Streit um die Neubestimmung Eurer Politik* ist *von den Grundlinien der Argumentation her* so gut wie nichts neu; die meisten Argumente kenne ich bereits aus meinem Kampf gegen Eduard Bernstein u.a., denen es gelungen ist, die SPD auf eine Politik allenfalls schrittweiser Veränderungen festzulegen. Dabei übersehe ich nicht, daß bspw. die RAF eine *andere Praxis* als Bernstein hat. Aber ich übersehe auch nicht, daß viele in Eurer Szene, deren *eigene* Praxis sich gar nicht so sehr von der Praxis Bernsteins unterscheidet, die neue Politik der RAF gut finden. Und ich übersehe auch nicht, daß sich - wenn die frühe RAF recht damit hatte, daß es sich für Reformforderung "nicht lohnt", sich den mit dem bewaffneten Kampf verbundenen Risiken auszusetzen^{ix} - eine Politik des militanten Reformismus nur begrenzte Zeit

durchhalten läßt. Ihr wißt selbst am besten, wie viele in Eurer Szene einige Jahre lang äußerst militante Politik gemacht und sich dann aber zurückgezogen haben; ihren individuellen Frieden mit dem System gemacht haben, weil Militanz allein die fehlende revolutionäre *politische* Orientierung nicht ersetzen kann.

Vielleicht versteht Ihr das besser, wenn ich Euch ein wenig von meinem Kampf in der SPD erzähle, den ich bekanntlich verloren habe, u.a. auch deshalb, weil *selbst ich* zu sehr den SPD-Phrasen von Gesellschaftsveränderung usw. geglaubt habe.

Als ich 1898 mit 27 Jahren, aus Polen kommend, in die Sozialdemokratische Partei eintrat, war Eduard Bernstein gerade dabei, dem Bedürfnis bestimmter sozialdemokratischer Abgeordneter und Gewerkschaftsführer nach einer Revision der marxistischen Theorie Ausdruck zu geben. Sie sollte das rechtfertigen, was Bernstein für "die bedeutungsvollsten Fortschritte auf dem Gebiet der Praxis des politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeiterkampfes" hielt;^x eine reformistische Theorie sollte einer reformistischen SPD-Praxis Legitimation verschaffen. Ihm voran gegangen war bereits im Jahre 1891 der bayerische SPD-Abgeordnete und *Realpolitiker*^{**} Georg von Vollmar, der eigentliche Begründer des deutschen Reformismus. Mit seinen berühmten "Eldorado-Reden" vom 1.6.1891 in München hatte er zwar einen Sturm der Entrüstung in der SPD ausgelöst, aber er konnte auf eine wachsende Anhängerschaft verweisen. **Ähnlich wie in Eurer Diskussion Hanna Cash schon 1991** (mit ihrem Plädoyer für das "Offene", für eine an "Werten" und "Ethik" orientierte Politik und ihrer Zurückweisung einer Kritik, die eine an der "Menschenwürde" orientierte Politik als reformistisch charakterisiert, sowie ihrem Vorschlag für einen Tausch von Einstellung des bewaffneten Kampfes und Zusammenlegung der Gefangenen), **hatte sich Vollmar für eine reformistische Anpassung an das Bestehende^{***} und damit für eine Unterwerfung unter die bestehenden Verhältnisse stark gemacht.**

Die Konzentration auf die "praktische Tagespolitik"

Er hat das sehr schön *philosophisch* und *methodologisch* so verpackt:

"Gewiß hat der vorwärtsstürmende, alles niederwerfende Gedanke sein Recht. Er ist notwendig, um (...) eine Idee rein darzustellen und für sie zu begeistern, ein **Endziel** anzugeben, das auf den wechselnden Wegen die Richtung weist. Und dieser Gedanke wird umso weniger Gegengewicht finden, je mehr man ihn ausschließlich **auf das Gebiet der Theorie beschränkt** und von der Fleischwerdung zurückhält. Die *Tat* aber, die Übertragung des Gedankens in die Wirklichkeit überspringt die Hindernisse nicht so leicht und schnell. Bisweilen hat es ja wohl große Krisen gegeben, wo die Geschichte einen plötzlichen Ruck machte und einen Sprung zu tun schien. Im Allgemeinen aber findet ein langsames, **organisches Entwickeln** statt. (...) In dem Maße, in welchem wir einen unmittelbaren Einfluß auf den Gang der öffentlichen Angelegenheiten gewinnen, haben wir - **unter voller Aufrechterhaltung unsrer grundsätzlichen Bestrebungen** - unsre Kraft **auf die jeweils nächsten und dringendsten Dingen zu konzentrieren** (...). Worauf es ankommt, das ist, daß wir - **ohne unsre Endziele** und den Zusammenhang unsrer Forderungen im Mindesten **zu vergessen** - **auch praktische Tagespolitik treiben** (...): "^{xi}

So mußte man damals auftreten, wenn man die "grundsätzlichen Bestrebungen" für die reale = wirkliche Politik loswerden wollte.^{****} Bernstein *spitzte* diese Auffassung - ganz im Sinne Eures 1. Mai-Aufrufes - mit seinem bekanntem Spruch *zu*, daß er Weg alles und das Ziel nichts sei. Auch Bernstein wollte damit, so sagte er jedenfalls, nicht ausdrücken, daß ihm die "endliche Durchführung sozialistischer Grundsätze" gleichgültig sei, sondern nur "daß sich wichtige Epochen in der Entwicklung der Völker nicht überspringen lassen".^{xii}

Indem Vollmar für sich in Anspruch nahm, "unsre Endziele" nicht "im Mindesten zu vergessen", aber zusätzlich "auch praktische Tagespolitik" machen zu wollen, unterstellt er uns, seinen KritikerInnen, wir würden keine Tagespolitik machen (wollen) und bloß auf die Revolution warten.

Wir wurden als idealistische Narren abgekanzelt und des Verzichts auf reformerisch mögliche, praktische Erfolge bezichtigt. Wer dann in der November-Revolution die Barrikaden praktisch verteidigte und wer abwartete, oder gar aktiv gegen die Revolution Politik machte, brauche ich Euch nicht sagen; und wenn wir, meine GenossInnen und ich, bis dahin tatsächlich nur abgewartet hätten, dann hätte es die November-Revolution gar nicht erst gegeben.

Selbst für die Beratungen im Reichstag hatte ich 1889 zugestanden (was heißt zugestanden? Ich *war und bin* dieser Meinung), daß es bei Regie-

rungsvorlage bspw. über die Militärpolitik nicht ausreicht, ihnen nur "ein kurzes und nacktes Nein entgegen(zu)setzen". Vielmehr müssen unsere Abgeordneten - so schrieb ich damals - "auf die jeweilige Vorlage eingehen, die Gründe erwägen, aus den *gegebenen* konkreten Verhältnissen, aus der augenblicklichen ökonomischen und politischen Lage, nicht aus einem leblosen und abstrakten Prinzip heraus urteilen und argumentieren. Aber das Ergebnis muß und wird, wenn wir die jedesmaligen Verhältnisse und die Volksinteressen *richtig* beurteilen, ein *Nein* sein. Unser Losung ist: *Diesem* System keinen Mann" und keine Frau "und keinen Groschen!"^{xiii}

Die "Ansammlung unmerklicher und allmählicher quantitativer Veränderungen" (Stalin)

Aber merkt Ihr, wie sich die Argumente gleichen?

Bspw., wenn auch die RAF unterstellt, die Alternative zu ihrer neuen Politik sei, bis zur Revolution abzuwarten: "wir müssen es schaffen, eine andere gesellschaftliche entwicklung in bewegung zu setzen, (...). also eine bewegung, die auch heute schon neue inhalte, werte und konkrete veränderungen schafft - denn das sind keine ziele, die bis auf die zeit 'nach der revolution' verschoben werden können." schreibt die RAF in ihrer Erklärung vom Juni letzten Jahres.^{xiv}

Bspw., wenn auch Karl-Heinz Dellwo und Lutz Tauber sich den historischen Prozeß im Normalfall als "organisches Entwickeln" vorstellen: "um zu einer revolutionären entwicklung zu kommen, müssen wir eine menge akkumulieren. und dieses akkumulieren besteht aus vielen kleinen schritten (...)."^{xv} "also der kampf darum, in ein falsches leben immer größere momente des richtigen reinzuholen, bis die quantitative anhäufung qualitativ auf die alten systemverhältnisse umschlagen kann."^{xvi}

Bspw., wenn auch Lutz Tauber folglich das, was er für revolutionäre Politik hält ("moral und ideal") auf historische Sprünge beschränkt, indem er schreibt: "die menschen handeln in revolutionären zeit nach moral und ideal, ansonsten prüfen sie einen politischen prozeß danach, ob er ihr

leben besser oder schlechter macht.^{xxvii}

Und fällt Euch nicht auf, wie *billig eine* Argumentation ist, die suggeriert, mit der Charakterisierung der eigenen Politik als praktisch oder Realpolitik einen *Vorzug* gegenüber einer anderen, offenbar irrealen, unpraktischen Politik, aufgezeigt zu haben. Hing es Euch nicht zum Hals raus, wenn die KPdSU, die SED, die DKP etc. immer wieder das wesentliche "Argument" bemühten, ihr Sozialismus sei schließlich der "reale" gewesen? Und wißt Ihr von wem *das von Karl-Heinz Dellwo angeführte* Verständnis des Umschlagens von Quantität in Qualität stammt? Es war Stalin, der in seinem berühmten Dialektik-Kapitel in dem berühmtesten "Kurze(n) Lehrgang" der "Geschichte der KPdSU(B)" den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß als das "Ergebnis der Ansammlung unmerklicher und allmählicher quantitativer Veränderungen" auffaßte.^{xviii} Der "Übergang von einer alten zu einer neuen Qualität" erfolge niemals "vermittels einer Explosion", sondern "durch eine allmähliche Ansammlung von Elementen der neuen Qualität".^{xix} [Genau *gegen* eine solche evolutionistische Vorstellung hatte allerdings Hegel ursprünglich dieses 'dialektische Gesetz' vom Umschlagen von Quantität in Qualität formuliert. Und wir MarxistInnen haben es in diesem Sinne als revolutionäre Seite Hegels übernommen. Hegel schrieb: "Es hat sich (...) gezeigt, daß die Veränderungen des Seins überhaupt nicht nur das Übergehen einer Größe in eine andere Größe, sondern Übergang vom Qualitativen in das Quantitative und umgekehrt sind, ein Anderswerden, das Abbrechen des Allmählichen und ein qualitativ Anderes gegen das vorhergehende Dasein ist. Das Wasser wird durch Erkältung nicht nach und nach hart, so daß es breiartig würde und allmählich sich bis zur Konsistenz des Eises sich verhärtete, sondern es ist auf einmal hart; (...)."^{xx} Dies war die Verphilosophierung u.a. der von Stalin zu dieser Zeit in der Kommunistischen Internationale durchgesetzten Taktik von 'Volksfront'-Bündnissen mit Teilen der Bourgeoisie. Auch für die Sowjetunion dekretierte er 1936 verfassungsmäßig das 'Abstumpfen der Klassen-gegensätze' und gab den Staatsapparat, mit dem er diese tatsächlich eskalierenden Widersprüche auf repressive Weise austrug, als "Staat des ganzen Volkes" aus. Nach Stalins Tod wurde die Volksfront-Taktik auf die - Euch aus Euren Auseinandersetzungen mit DKP und SEW bekannte - Art und Weise 'weiterentwickelt': friedlicher Übergang zum Sozialismus, antimonopolistische Demokratie, Aktionseinheit mit der SPD.]

Doch ich wollte Euch ja von der Entwicklung der Sozialdemokratie berichten. 1891 noch, auf dem Erfurter Parteitag der SPD, wurden die Auffassungen Vollmars - besonders von den Parteigrößen Bebel, Singer, Liebknecht und auch Auer - rundweg abgelehnt. Sein Plädoyer für "Verhandlungen", für "Selbstbeschränkungen", für "Realismus" etc. konterte etwa der "Genosse Auer" u.a. mit den Worten:

"Diese Selbstbeschränkung halte ich für gefährlich. - Auf diese Weise werden wir, wenn auch nicht mit Wissen und Wollen, doch *tatsächlich* dahin geführt, daß wir zweierlei *Programm*

haben, *eins für den Alltagsbedarf und eins für den Sonntag*. Die strenge Scheidelinie, die bis jetzt unsere Partei allen anderen Parteien gegenüber innegehalten hat, wird somit auf die Dauer verwischt werden."^{xxi}

Die Hanna Cashes gehen jedem Bernstein, die Georg von Vollmars jedem Lutz Taufer voran

Trotz dieser *verbalen* Abfuhr machte v. Vollmar leider Fortschritte. Überhaupt sind "für die modernen Bewegungen der Massen" - so ein russischer Anhänger Bernsteins zutreffend - "es immer die Vollmars die den Bernsteins vorangehen". Diese Eigendynamik werden die neuen ReformistInnen in Euren Reihen sicherlich für sich zu nutzen wissen, wenn diejenigen unter Euch, die eine Anpassung an die herrschenden Verhältnisse vermeiden wollen, nicht illusionsloser mit den Zeugnissen *verbal* bleibender Kritik an der Anpassung umgehen, als ich das damals getan habe. Denn ich setzte seinerzeit zu viele Hoffnungen in die Wirksamkeit der gegen v. Vollmar und Bernstein gerichteten *Stellungnahme* des *Parteiivorstands* (Bebel etc.) und des Chef-Ideologen Kautsky, obwohl "jedes Jahr, jeder Parteitag immer neue Fortschritte des *Evangeliums* der 'praktischen Politik' zum Vorschein"^{xxii} brachte und ehemalige Kritiker v. Vollmars die Seiten gewechselt hatten.

Und bei Euch geht der Anpassungsprozeß nicht weniger schnell: 1991 hatte der AK Drinnen und Draußen Celle das Hanna Cash-Papier noch als "Aufgabe einer revolutionären Perspektive" verworfen; der "vorgeschlagene Wertekatalog" bedeute einen Rückfall "auf die Ideologie der bürgerlichen Revolution". Der AK wußte: "Freilassung gibt's vielleicht als Gnadenakt in Einzelfällen, Freiheit aber, gibt's nur, wenn eine Linke in der BRD die Voraussetzungen schafft, (...), die Idee von 'Befreiung/Emanzipation' nicht in den Geschichtsbüchern verschwindet, sondern von uns auf die Tagesordnung gesetzt wird."^{xxiii} Und: Die Situation der Gefangenen "ist untrennbar verbunden mit der Entwicklung der revolutionären Front. Wer das auflösen will, betreibt die Isolation der Gefangenen." Die von

"Hanna Cash eingeforderte 'politische Initiative'" sei "nichts anderes als die vom Staat gewollte Kapitulation."^{xxiv} Im Herbst 1992, ein gutes Jahre später, gehört der Arbeitskreis schon zu den BefürworterInnen einer "politischen Lösung" und generell der neuen Politik der RAF.^{xxv} Allerdings legten sie damals, im Herbst 1992, noch auf die Feststellung wert, daß das, was vor der Selbstkritik der RAF "an Kritik am bewaffneten Kampf kam, (...) insofern nicht richtig ausgereift (war), als (...) die Argumente, die vorgetragen wurde zur Notwendigkeit der Einstellung des bewaffneten Kampfes, (...) sich nicht besonders unterschieden (haben), 1978 nicht besonders von denen von 1988 und 1988 von 1992, aber, und das wird aus der Erklärung der RAF und der der Gefangenen ersichtlich, im Unterschied dazu ist nun die Einstellung des bewaffneten Kampfes eine Analyse des veränderten Kräfteverhältnisses der letzten zwei bis drei Jahre vorausgegangen. Das gilt es eigentlich dabei zu reflektieren, daß nicht die Argumente, die schon immer gegen die bewaffnete Aktion in der BRD gefallen sind, jetzt zum Tragen kommen, (...)." Und kein halbes Jahr später, im Frühjahr 1993, schreibt *der gleiche Arbeitskreis* in einem Flugblatt über die frühen RAF-Aktionen und in Bezug auf die BRD-Verwicklung in den Vietnam-Krieg: "Dennoch wäre es leichtfertig, das Töten von Menschen damit einfach entschuldigen zu wollen" und bringt damit das abgehandenste aller Argumente gegen den bewaffneten Kampf in der BRD. In einem Papier eines Arbeitskreis-Mitgliedes, das von den anderen im Grundsatz geteilt wird, heißt es - im Gegensatz zur zitierten Position von 1991 - schließlich: Die Freiheit der politischen Gefangenen sei *nicht nur* zu erreichen, "wenn (...) eine revolutionäre Linke tatsächlich zur gesellschaftlichen Kraft wird," sondern auch dann, "wenn *in der Gesellschaft* verankert wird, daß der bewaffnet geführte Kampf in der BRD ein politischer Fakt ist/war, dessen Konsequenzen hinsichtlich der Gefangenen einer politischen Lösung bedarf."^{xxvi} Heute wird betont, daß es um die "Anerkennung des Kräfteverhältnisses", um "gesellschaftliche Akzeptanz" gehe, und freudig wird festgestellt, daß die Argumentation für eine "politische Lösung" "in der

liberalen Medienöffentlichkeit auf partielle Zustimmung" stieß.^{xxvii} (In dem alten Papier war noch kritisiert worden, daß Hanna Cash "die Frage des 'Kräfteverhältnisses' auf ein Problem der öffentlichen Meinung reduzier(t)".^{xxviii}) Mit diesem hier vorkommenden *an sich* positiven Begriff von Gesellschaft ("wenn in der Gesellschaft verankert werden kann") war ich in meinen Diskussion in der SPD schon um die Jahrhundertwende konfrontiert.

Diesem naiven Gesellschaftsbegriff mußte ich damals und muß ich heute entgegenhalten, daß die heutige Gesellschaft eine "kapitalistische Gesellschaft" ist, und daß deshalb in ihr "die kapitalistischen Interessen maßgebend sind".^{xxix} Wieso sollte sich also "in der Gesellschaft" ganz generell Akzeptanz für eine "politische Lösung" erreichen lassen, die etwas anderes als die Aussöhnung mit dieser kapitalistischen Gesellschaft ist?!

Der moralische Druck mit der Gefangenschaft

Außerdem konnte ich bereits 1899 feststellen, "daß gerade diejenigen Genossen (entschuldigt den traditionalistischen Ausdruck!), die sich für die sogenannte praktische Politik erwärmen, eine ganze Reihe von wichtigen Parteiposten einnehmen, was ihren Argumenten auch eine ausgedehnte Anwendung und Verbreitung sichert, sie haben nämlich eine Anzahl von Parteiblättern als *Redakteure* und eine Anzahl von parlamentarischen Tribünen als *Reichstags- und Landtagsabgeordnete* inne. Gerade da also, wo der eigentliche Parteikampf nach zwei Fronten - gegen die Regierung und die herrschenden Klassen sowie für Aufklärung der Arbeitermassen geführt wird, in der *Presse* und in der *Volksvertretung*, sind die Anhänger der opportunistischen Taktik am stärksten vertreten. Dieser Umstand ist es, der ihnen zu ihrer Stärke so unverhältnismäßig Einfluß und Bedeutung verschafft."^{xxx}

Überwindet mal den Abwehrmechanismus, der regelmäßig bei vielen von Euch einsetzt, wenn ganz 'traditionalistisch' von einer "Aufklärung der Arbeitermassen" die Rede ist, und überprüft, ob es in Euren Reihen nicht eine Hierarchie gibt, die der Machtstellung der Abgeordneten in der SPD *ähnlich* ist. Zwar habt Ihr keine Abgeordneten. Aber ist es nicht bei Euch so, daß viele (ehemalige) Gefangenen das Evangelium der "praktischen Politik" predigen und daß ihre Gefangenschaft als moralisches Druckmittel benutzt wird, um die neue Politik durchzusetzen? So bspw. wenn in dem schon zitierten Papier aus Celle unter-

stellt wird, die Kritik an der Forderung nach einer "politischen Lösung" bedeute für die "Gefangenen wahrscheinlich wirklich 'lebenslänglich'".^{xxxi} So auch, wenn in einem Text in der "Swing" (Autonomes Rhein-Main-Info) Kritik an Knut Folkerts mit dem 'Argument' abgewehrt wird, daß "ein Gefangener aus der RAF, der zu seiner Geschichte und zu seinen Zielen" - das ist ja gerade die Frage - "steht, (...) Begriff(e) nicht leichtfertig in den Mund nimmt" und schon das vermeintlich Richtige meinen wird.^{xxxii} Und auch Gisel Dutzi beruft sich für ihr Plädoyer für das, was heutzutage als "Praxis" verstanden wird, auf den "Rücken der Gefangenen": Die Kritik an einer sog. "politischen Lösung" sei eine "'Position', mehr auf dem Metropolenmeinungsmarkt, ausgetragen auf dem Rücken von Gefangenen, der Guerilla, Leuten hier draußen, deren Sache nie einfach die 'richtige Position' war und ist, sondern die eigene Praxis. Das sind ideologische Schlagabtausche (...)."^{xxxiii} Und wie sieht es bei Euch mit der Presse aus? Das Angehörigen-Info versucht leidlich, die Debatte kleinzukochen und eine Mittellinie zu fahren, während es natürlich *ausschließlich* die VertreterInnen der neue Linie sind, die in SPIEGEL, NDR und Heute Journal sowie im Privatfernsehen zu Worte kommen; sind es *ausschließlich* die Erklärungen von RAF und Karl-Heinz Dellwo, die in taz und Frankfurter Rundschau gedruckt werden. - Und Ihr wißt, daß ich weiß, was es heißt im Knast zu sitzen (zwar nicht solange, wie Eure Gefangenen, nur 1907 und von 1915 bis 1918, mit einer kurzen Unterbrechung; angenehm war es trotzdem nicht). Aber ich habe aus meiner Inhaftierung nie die Schlußfolgerung gezogen, daß es richtig sei, "die Eskalation zurückzunehmen"^{xxxiv}. Befreit wurde ich 1918 von den November-RevolutionärInnen. -

Über "gesamtpolitische Verantwortung"

Ihr sollt 'raus aus dem aus dem "Ghetto" und 'rein in "die Gesellschaft" (Lutz Taufer) geführt werden,^{xxxv} was freilich nur deshalb Aussicht auf Erfolg haben kann, weil *Ihr selbst* Anknüpfungspunkte für diese 'Verwandlung' in Eurem Denken und

Handeln aufweist. Was findet Ihr denn so attraktiv an den von Euren StrategInnen eingebrachten Redensarten über "gesamtsocietätliche und gesamtpolitische Verantwortung" (Lutz Taufer)^{xxxvi}, daß es nicht mehr ausreiche zu entlarven, daß es gelte, "politikfähig" zu werden,⁺ *wenn* Ihr weiter an der Notwendigkeit der Durchsetzung *Eurer Anliegen* festhaltet? Glaubt Ihr etwa, mit diesen Vorschlägen werde der Weg gewiesen, die von Euch proklamierte "umwälzung der zerstörerischen kapitalistischen verhältnisse"^{xxxvii} *hinzukriegen*? Vielleicht ist ja meine alte Kritik an Bernstein angesichts der Entwicklung der russischen Revolution (die ich übrigens, wie Ihr wißt, viel früher und präziser kritisiert habe als Eure enttäuschten und deshalb "realistisch" gewordenen Weltverbesserer) ein bißchen blauäugig in der Frage der *politischen Macht*. Dennoch halte ich gegen alle 'Resignierten' daran fest, daß der Spruch von Günter Grass: "Der Fortschritt ist eine Schnecke", der heute unisono von vielen bei Euch vertreten wird, nicht nur trostlos, sondern auch falsch ist und weiterhin meine Aussage gilt:

"Es ist grundfalsch und ganz ungeschichtlich, sich die gesetzliche Reformarbeit bloß als die in die ins Breite gezogene Revolution und die Revolution als kondensierte Reform vorzustellen. Eine soziale Umwälzung und eine gesetzliche Reform sind nicht durch *die Zeitdauer*, sondern durch das *Wesen* verschiedene Momente."^{xxxviii} Deshalb bedeutet die Beschränkungen auf eine "gesellschaftliche alternative hier und heute" (RAF)^{xxxix}, *keine* grundsätzliche Alternative und auch "nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum *gleichen* Ziel, sondern auch ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß quantitative Veränderungen in der alten."^{xl}

Indem Bernstein also ein *anderes* Ziel als eine neue Gesellschaftsordnung anvisierte hatte, war er es, der die Frage "Sozialreform *oder* Revolution?" aufgeworfen hatte. Ich hatte nun meinerseits nicht eine andere Antwort - also bspw. Revolution statt Reform - auf die gleiche Frage gegeben, sondern Bernsteins Frage zurückgewiesen, indem ich auf den "unzertrennlichen Zusammenhang"

zwischen Reform und Revolution hinwies. Dieser Zusammenhang besteht nämlich darin, daß wir RevolutionärInnen den Kampf um Reformen (als ein vorbereitendes Mittel) dem Zweck, der sozialen Umwälzung, der Aufhebung des Lohnsystems^{xli} und der Zerstörung dieses Staates^{xlii}, unterordnen.

Das Programm wird aufgeschoben - auf unbestimmte Zeit

Nun sagt Ihr ja aber, daß Ihr Euch durchaus nicht dauerhaft auf "Veränderungen für das Leben heute" beschränkt wollt, sondern "langfristig den Herrschenden die Bestimmung (...) entreiß(en)" wollt.^{xliii} Aber gerade weil Ihr ausschließlich zwischen "kurz-" und "langfristig" unterscheidet und auch langfristige die Machtfrage **zumindest nicht ausdrücklich** stellt, sondern Ihr auf eine allmähliche Anhäufung von Veränderungen ('Akkumulation von vielen kleinen Schritten' [Lutz Tauter], 'quantitative Anhäufung' [K.-H. Dellwo]) hofft, muß Eure Hoffnung ein frommer Wunsch bleiben. Denn "jeder Schritt" auf der Bahn der Sozialreform führt *nur dann* über diese Bahn hinaus und zum "sozialistischen Ziel" - so mußte ich schon den 'Realpolitikern' meiner Zeit entgegenhalten -, "wenn die bewußte und feste Bestrebung zur Eroberung der politischen Macht dem gewerkschaftlichen und sozialreformerischen Kampfe als Leitstern *vorausgeht*."^{xliiv}

Ganz ähnlich wie heute die RAF haben Bernstein u.a. noch zu Lebzeiten von Marx und Engels argumentiert: "Man verstehe uns wohl," wir wollen nicht "ein Aufgeben unsrer Partei und unsres Programms, wir meinen aber, daß wir auf Jahre hinaus genug zu tun haben, wenn wir unsre ganze Kraft, unsre ganze Energie auf die Erreichung gewisser naheliegender Ziele richten, welche unter allen Umständen errungen werden müssen, bevor die Realisierung der weitergehenden Bestrebungen gedacht werden kann."^{xlv} Marx und Engels haben darauf geantwortet: "Das Programm soll nicht aufgegeben, sondern nur aufgeschoben werden - bis auf unbestimmte Zeit. Man nimmt es an, aber eigentlich nicht für sich selbst und für seine Lebzeiten, sondern posthum, als Erbstück für Kinder und Kindeskinder. Inzwischen wendet man

seine 'ganze Kraft und Energie' auf allerhand Kleinkram und Herumflickerei an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, damit es doch so aussieht, als geschehe etwas, und die Bourgeoisie nicht erschreckt werde."^{xlvi}

Wie gesagt, meine Freunde und ich haben den Kampf in der SPD damals verloren. Stattdessen hat sich die Richtung durchgesetzt, als deren "theoretischer Dolmetscher (...) innerhalb der Partei, und zwar als letztes Glied in ihrer geschichtlichen Entwicklung"^{xlvii} Eduard Bernstein aufgetreten ist. Und zwar mit Euch auch bekannten Argumenten schon 1896/97: "Die Kooperation, der politische Kompromiß macht keine Verleugung, keine Abwächung der eigenen Klassenforderungen notwendig. Man verbindet sich zu einem ganz bestimmten Zweck, ohne darüberhinausgehende Verpflichtung (...)."^{xlviii}

Ich hatte dagegen schon 1899 befürchtet, daß Bernsteins Politik nicht einmal zu einer "ununterbrochenen Kette fortlaufender und stets wachsender Sozialreformen" führt.^{xlix} Denn der "unversöhnliche, schroffe Klassenstandpunkt", der zunächst zumindest konsequente Reformen bewirken kann, wird mit der Zeit "immer mehr zu einer negativen Potenz, sobald unmittelbare praktische Erfolge den Hauptzweck bilden. Der nächste Schritt ist also eine Kompensationspolitik und eine konziliante, staatsmännische kluge Haltung," die schließlich dazu führt, "alles gehn zu lassen, wie's Gott gefällt".¹

Von der bedingten Verneinung zur unbedingten Bejahung

Leider hatte ich mit meiner Befürchtung recht behalten. Denn schon 1912 argumentierte Bernstein so:

Die SPD habe zwar, in dem sie bestimmte Regierungsentscheidungen kritisierte, "zunächst" den Charakter einer "bedingten Verneinenden Opposition". Sie müsse aber "ihre Stimmenmacht bewußt und systematisch für die eine oder gegen die andere Koalition in die Waagschale (...) werfen. Sie muß dann unter Umständen sich auf die Seite der Partei stellen, die gerade an Regierung ist, womit ihr Einfluß auf diese Regierung, zugleich aber auch ihr Interesse an ihr eine Steigerung erfährt. Selbst wenn (!) sie behufs Wahrung ihrer politischen Unabhängigkeit sich jedes formalen Anschlusses an die Regierungskoalition, insbesondere also die Beteiligung an Ministerien enthält, erhält sie durch die Natur der Dinge etwas vom Charakter einer Regierungspartei. Das heißt, wird - um an die gebrauchte Wendung an-

knüpfen - nunmehr Partei der *bedingten Bejahung*."ⁱⁱ

Das klingt logisch, werden einige von Euch sagen. Ist es auch, nämlich für die Menschen, dabei sind, *SozialdemokratInnen* zu werden. Andere werden sagen: "Jetzt geht sie aber wirklich zu weit; die Gefangenen und die Illegalen schon auf der Regierungsbank sitzen sehen, ist doch wirklich übertrieben." Aber überlegt einmal: Die RAF hat in ihrer Erklärung vom August letzten Jahres die herrschende Politik als "Wahnsinn"^{lii} charakterisiert, und demgegenüber "sinnvolle Lösungen"^{liii} gefordert. Und auch Eva Haule meint in einem Brief "an eine Genossin aus der Hafestraße": "und es ist genau, wie ihr gesagt habt (...): 'vernünftige Lösungen', darum gehts."^{liiv} Und Irmgard Möller spricht sich für "ein rationelles Moment in der Auseinandersetzung zwischen den politischen Gefangenen und dem Staat" aus.^{liv} Wenn sich anscheinend alles auf den Gegensatz von Rationalität und Irrationalität reduziert, wenn es anscheinend keinen Interessensgegensatz und keine Zwangsgesetze der kapitalistischen Ökonomie und keine notwendige Funktionsweise des bürgerlichen Staates mehr gibt, ist dann nicht die logische Konsequenz, das "Vernünftige" *einfach zu tun* (statt einem "ominösen revolutionären Projekt" [Lutz Tauter]^{lv} nachzujagen) - und nach Möglichkeit eben auch in der Regierung?!

Damit werdet Ihr aber schließlich zu einer Partei der *unbedingten Bejahung*. Denn, wie ich in einer Kritik an französischen Reformisten schrieb, gibt es *in der Regierung*, im Gegensatz zum Parlament, nicht einmal eine formelle Opposition. Die Regierung hat "die Ausführung der Gesetze, die Aktion, zur Aufgabe (...), sie muß in allen ihren Gliedern stets handeln, sie muß deshalb (...) stets einen grundsätzlich gemeinsamen Boden unter den Füßen haben, der ihr das Handeln ermöglicht, den Boden des Bestehenden, mit einem Wort den Boden des bürgerlichen Staates. (...). Ein prinzipieller Gegner des Bestehenden hingegen steht vor der Alternative: entweder auf Schritt und Tritt der bürgerlichen Mehrheit in der Regierung Opposition zu machen, d.h. tatsächlich *kein* aktives Mitglied der Regierung zu sein - ein augenscheinlich unhaltbarer Zustand, der zur Entfernung des sozialistischen Mitgliedes aus der Regierung führen müßte -, oder aber die Sache schließlich mitzumachen, die täglich und stündlich zur Erhaltung und zum Fortlauf der Staatsmaschinerie in jedem Regierungszweig notwendigen Funktionen zu verrichten, d.h. tatsächlich *kein Sozialist*, wenigstens nicht in den Grenzen des Regierungsamtes, zu sein."^{lvii}

Ihr seht also, was von dem ursprünglichen Versprechen übrig bleibt, eine Politik, die den Kampf um Reformen nicht dem revolutionären Ziel unterordnet, bedeutete über eine punktuelle Übereinstimmung mit der Regierung hinaus keine weitere Verpflichtung...

Sicherlich, Ihr *wollt* eine solche Entwicklung *nicht*; aber schon meine Kritik von 1899 an Bernstein & Co. zielte nicht, jedenfalls nicht hauptsächlich, auf deren verräterische Absichten. Die gefährlichste Seite ihrer Theorien sah ich vielmehr "in ihren Konsequenzen, in dem, was sich aus ihnen für die Bewegung ergibt, wenn sie zur vollen Reife entfaltet

werden." Zwar waren wir - seine *KritikerInnen* - uns damals einig, "daß das allgemeine letzte Ergebnis seiner Auffassung" die Aufgabe des Sozialismus wäre, "aber vor diesen Konsequenzen schreckt Bernstein zurück. Er beteuert, daß er weder dieses Ergebnis wünscht noch auf dasselbe hinarbeitet. Und er hat in gewissem Sinne recht, nämlich im subjektiven Sinne. Es wäre Wahnsinn, Bernstein die Absicht zuzuschreiben, die Arbeiterbewegung vernichten zu wollen. Im Gegenteil, er glaubt ihr aufs beste mit seiner Auffassung zu dienen. Es kommt jedoch nicht darauf an, was Bernstein denkt und *will*, sondern was sich objektiv, abgesehen von seiner Person, aus seinen Theorien ergibt."^{lviii} Was dies war, habe ich zu Beginn dieses Briefes aufgezählt: Kriegskredite, Notstandsgesetze, Berufsverbote, Stammheim '77, Abschaffung des Asylrechts, Abtreibungsverbot durch finanziellen Druck.

"praktische Politik" und Verlodderung der Theorie

Der *opportunistische* Ausgangspunkt, man müsse "den Massen(...) *unbedingt*(!) mit 'positiven Errungenschaften' in der Hand kommen, sonst wird uns das Volk 'nicht verstehen,'"^{lix} der auch bei Euren BefürworterInnen der "praktischen Politik" eine entscheidende Rolle spielt, hat in der Geschichte der SPD alles weitere geprägt:

++ die Verlodderung der Theorie (welche kein Wunder ist, denn die 'Feindseligkeit gegen 'die Theorie' (...) ist ganz selbstverständlich, denn unsere 'Theorie', d.h. die Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus, setzen der praktischen Tätigkeit ebenso in Bezug auf die angestrebten *Ziele*, wie auch auf die anzuwendenden *Kampfmittel* wie endlich selbst auf die *Kampfweise* sehr fest Schranken. Daher zeigt sich bei denjenigen, die nur den praktischen Erfolgen nachjagen wollen, das natürlich Bestreben, sich die Hände frei zu machen, d.h. unsere Praxis von der 'Theorie' zu trennen, von ihr unabhängig zu machen."^{lx}),

++ die Verharmlosung der Klassengegensätze,

++ die Illusionsmacherei über mögliche Reformpolitik,

++ das bedingte und schließlich unbedingte Ja zum bürgerlichen Staat. Eine Partei, die ihre Mitglieder und Anhänger so auf das "Evangelium" der "praktischen Politik" ausgerichtet hat, konnte schließlich dem 'Ausbruch' des 1. Weltkrieges nichts entgegensetzen. Und so *zeigt* die Entwicklung der SPD auch denen, die sich davor drücken, über die immanenten Konsequenzen des "Evangeliums" der "praktischen Politik" *nachzudenken*, wie die weitergehenden Forderungen und Ziele auf der Strecke geblieben sind - eben nur die *rechtfertigenden Ideale* einer *anpasslerischen Praxis* waren. Und überlegt einmal, wieso jetzt auch in Euren Debatten soviel über 'Werte', 'Ideale' usw. die Rede ist - weil es wieder eine Praxis gibt, die nicht selbst über das Bestehende hinausweist und deshalb ihrer Rechtfertigung durch höhere 'Ideale' bedarf.

Alles nur "Mißverständnisse"?

Aber Ihr meint, wie Gregor,^{lxi} daß meine Kritik, wie ähnliche Kritiken zuvor, auf einem "Mißverständnis" (Gregor selbst setzt dieses Wort bezeichnenderweise in Anführungsstriche) der Position Eurer neuen PolitikerInnen beruht? Auch diese Ausflucht ("Mißverständnisse"), um einer inhaltliche "Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen"^{lxii}, ist leider nicht neu.^{lxiii} Schon ich war damit konfrontiert, daß meine Gegner "über jedes Ding nicht *eine* Meinung, wie die meisten Menschen, sondern mehrere Meinungen auf einmal (hatten), und man kann nie irgendeine (ihrer) Äußerungen in der Diskussion fixieren, ohne daß (sie) nicht in der Lage wäre(n), zur Deckung sofort eine entgegengesetzte Äußerung heranzuziehen." Und "das heillose Dunkel, (...) hat 'Methode', es hat einen *politischen Grund*. Es ist dies jene Politik, die allen geben und niemandem nehmen, alle befriedigen und niemanden kränken, alle Differenzen verwischen, alle Widersprüche aussöhnen, alle Gegensätze in einem Meer sauer-süßlicher Beschwichtigungs-limonade ertränken will."^{lxiv}

August Bebel sagte deshalb über von v. Vollmars Reaktionen auf die Kritik an seinen Eldorado-Reden: "Vollmar sieht sich genötigt, seine am 1. Juni gehaltene Rede dem Druck zu übergeben, weil man falsch über sie berichtete; alsdann sieht er sich wieder genötigt, nachträglich

noch eine zweite Rede zu halten, die als Interpretation der *ersten* Rede gelten muß. Nachdem er aber beide dem Druck übergeben, muß er eine dritte Rede halten, die wieder als eine Interpretation der ersten und zweiten Rede anzusehen ist."^{lxv}

Und ich habe über Bernsteins Veröffentlichungen geschrieben: "Hier" - bei Bebel's Beschreibung der Reaktionen von v. Vollmars - "haben wir genau die Geschichte der Bernsteinschen Artikel in der 'Neuen Zeit', die er dann durch einen Brief an den Parteitag interpretieren mußte, worauf er ein Buch schrieb, um den Artikel und den Brief zu kommentieren, worauf wieder ein Artikel in der 'Neuen Zeit' und im 'Vorwärts' erfolgten, die das Buch vor Mißverständnissen verteidigen sollten, und nach alledem sieht sich Bernstein heute von seinen Kritikern ebenso gänzlich mißverstanden, wie es 1891 Vollmar war. Zwischen diesen beiden Endpunkten in der Entwicklung des Opportunismus, zwischen den ersten beiden Reden Vollmars und dem Buche Bernsteins, wiederholt sich das 'Mißverständnis' regelmäßig bei jeder seiner Kundgebungen."^{lxvi}

Und bei Euch? In der Interim 231 schreibt Gregor einen Artikel, um die angeblichen "Lügen"^{lxvii} der Frauen aus Gießen zurückzuweisen. Nachdem Anna und Arthur in der Interim 232 nachgewiesen hatten, daß die angeblichen Lügen durchaus der Wahrheit entsprechen, mußte Gregor in der Interim 233 behaupten, sie unterlägen "d(em)selben Mißverständnis" wie die Gießnerinnen.^{lxviii} Und all dies führte, nach zwei weiteren Stellungnahmen, nur zu Gregor erneuter These, "daß auch hier wieder Mißverständnisse eine Rolle spielen".^{lxix}

Warten auf die Illegalisierung?

Wenn alles nur "Mißverständnisse" sind, warum reden dann Eure VertreterInnen der "praktischen Politik" in keiner einzigen ihrer Kundgebungen mal Klartext, sondern wiederholen immer nur ihre eigenen 'mißverständlichen' Formulierungen? Gregor antwortet darauf mit der Gegenfrage: "welchen produktiven Wert" hat die "wiederholte Feststellung, daß die gesellschaftlichen Widersprüche 'nur mit Gewalt/durch die gewaltsame Machtergreifung' gelöst werden können?" Auch diese Frage bekamen wir schon von v. Vollmar präsentiert: "Haben wir nichts Besseres zu tun, als daß wir in jeder einzelnen Rede immer wieder den *alten Katechismus* aufsagen?"^{lxx} Bebel antwortete darauf, daß diese "Aufklärung der Massen über unseren Gegner (...) die Hauptaufgabe für unsere (...) Tätigkeit ist und nicht die Frage, ob zunächst eine Forderung er-

reicht wird oder nicht. (...). Das Ziel in seiner Gesamtheit ist die Hauptaufgabe und das andere Nebensache. (...). Vollmar erklärt *umgekehrt* das große allgemeine Ziel als das vorläufig *Nebensächliche* und als *Hauptsache* die *nächsten praktischen Forderungen*, (...).^{lxxi}

Die "Aufklärung der Massen über unseren Gegner" und die Propagierung der "Hauptaufgabe", der Revolution, ist deshalb notwendig, weil wir "unseren Gegner" nur dann endgültig schlagen können, wenn wir uns auf die Machtfrage *vorbereiten*. Denn es ist - wie die RAF im Konzept Stadtguerilla geschrieben hat -, "falsch (...), auf die Illegalisierung als Schicksalsschlag durch das System zu warten, weil Illegalisierung dann gleich Zerschlagung ist (...)."^{lxxii}

Über "Gerechtigkeit"

Ich will deshalb ein letztes dieser sog. "Mißverständnisse" anführen: Die RAF spricht in ihrer Erklärung zu Weiterstadt weiterhin nicht von der Herrschaft der Bourgeoisie über die ArbeiterInnenklasse, sondern von einer "herrschaft des kapitalistischen systems über *die* menschen" und sie votiert auf einmal für eine Bewegung, "die von (...) Gerechtigkeit" und "vom Kampf (...) gegen Armut bestimmt ist".^{lxxiii} Auch das ist leider nicht so neu, für wie neu Eure neuen PolitikerInnen Ihre Vorstellungen halten. Vielmehr verstand schon "Bernstein unter Kapitalist nicht eine Kategorie der Produktion (...), nicht eine wirtschaftliche, sondern eine steuerpolitische Einheit, unter Kapital nicht ein Produktionsganzes, sondern schlichthin Geldvermögen". "Indem Bernstein den Begriff Kapitalist aus den Produktionsverhältnissen überträgt und" [- so wie die RAF statt von ArbeiterInnen von Menschen spricht⁺⁺ -] "'statt von Unternehmern von Menschen spricht' (...), überträgt er auch die Frage des Sozialismus aus dem Gebiet der Produktion auf das Gebiet der Vermögensverhältnisse, aus dem Verhältnis von *Kapital und Arbeit* in das Verhältnis von *reich und arm*"^{lxxiv} und macht aus der Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise eine Frage der "gerechten", "gerechteren", ja "noch gerechteren" Verteilung^{lxxv}. Damit sind wir von Marx und Engels glücklich auf den Verfasser des

Evangeliums des armen Sünders zurückgebracht (...).^{lxxvi}

"Der nächste Anstoß zur sozialdemokratischen Bewegung, wenigstens bei den Volksmassen, ist freilich *auch* die 'ungerechte' Verteilung der kapitalistischen Ordnung. Und indem sie für die Vergesellschaftung der gesamten Wirtschaft kämpft, erstrebt die Sozialdemokratie dadurch selbstverständlich auch eine 'gerechte' Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Nur richtet sie ihren Kampf, dank der von Marx gewonnenen Einsicht, daß die jeweilige Verteilung bloß eine naturgesetzliche Folge der jeweiligen Produktionsweise ist, nicht auf die Verteilung im *Rahmen* der kapitalistischen Produktion, sondern auf die Aufhebung der Warenproduktion selbst. Mit einem Wort, die Sozialdemokratie will die *sozialistische Verteilung* durch die Beseitigung der *kapitalistischen Produktionsweise* herbeiführen, während das Bernsteinsche Verfahren ein direkt umgekehrtes ist; er will die kapitalistische Verteilung bekämpfen und hofft, auf diesem Weg allmählich die *sozialistische Produktionsweise* herbeiführen zu können."^{lxxvii} -

So meint denn auch Helmut Pohl, daß die Forderung, "daß das geld, die technologie rüber [d.h.: in den Trikont, R.L.] müssen," schon "diese alten vorstellungen von revolutionär und reformistisch" sprengt. Deshalb sei die Forderung nach Zerschlagung des IWF "mist". Vielmehr solle bspw. eine demokratisierte UNO die "umverteilung der finanziellen, technischen usw. ressourcen" organisieren.^{lxxviii} So wird auch bei Euch suggeriert, daß sich mit einer Umverteilung mehr als reformerische Effekte bewirken ließen.

Form und Inhalt: Militanz und Revolution

Ihr denkt immer noch, daß ich übertreibe, wenn ich Eure neuen PolitikerInnen mit Bernstein vergleiche? Ich will Euch deshalb noch etwas anderes berichten: Ich hatte einige Zeit lang die GRÜNEN mit Interesse beobachtet^{lxxix} - nicht weil ich gedacht hätte, sie seien eine sozialistische Partei, sondern aufgrund ihrer unkonventionellen, eine zeitlang desintegrativen politischen Formen, die sie benutzt haben. (Inzwischen denke ich, daß mir bei meinen Hoffnungen

in die GRÜNEN - wenn auch auf anderer Ebene / mit anderer Radikalität und anderen Konsequenzen - ein Fehler unterlaufen ist, der auch Euch in Euren Militanz-Debatten häufig unterläuft:

Die Überschätzung der radikalen, desintegrativen Form gegenüber der Notwendigkeit einer tatsächlich revolutionären inhaltlichen Bestimmung. Gerade wiederholt Ihr den Fehler erneut, wenn viele von Euch die in Weiterstadt produzierten 200 Mio. DM-Sachschaden als Beleg dafür interpretieren, daß die neue Politik der RAF nicht reformistisch sein *könne*. Nur wenige von Euch sehen dieses Problem mit der von Jenny [in einer Broschüre, in der die Diskussion einer Gruppe über die Erklärung der RAF vom August letzten Jahres dokumentiert ist,] ausgedrückten Klarheit. Sie sagt dort:

"Also ich habe revolutionäre Politik schon bisher nicht am Mittel orientiert, sondern vielmehr - wie ich schon vorhin gesagt habe - an der Machtfrage. Und deshalb kann ich auch Kämpfe der Bevölkerung falsch oder reformistisch finden. (...) also sich nicht nur auf die Teilbereiche beschränken, also daß Du das Ziel einfach immer vor Augen hast."^{lxxx} Aber zurück zu den GRÜNEN: Ich will Euch noch etwas über deren Anpassungsprozeß erzählen - vielleicht seht Ihr ja dann, daß die ähnlichen Formulierungen bei Euch in der Debatte und bei Bernstein keine Zufälle sind, sondern die Sprache einer Politik der Anpassung an das Bestehende.

Katastrophismus und der moralische Druck in Richtung 'Realpolitik'

Um Ihre neue Politik durchzusetzen hatten die grünen 'RealpolitikerInnen' gezielt eine auf die parteibezogene (angebliche Gefahr des Sektenwesens) und globale (ökologische, soziale und militärische) Katastrophe beschworen, um so diejenigen, die nicht alles - also auch den Reformismus - versuchen, um die Katastrophe abzuwehren, der moralischen Verantwortungslosigkeit zu bezichtigen. So schrieb bspw. Antje Vollmer: "Die Möglichkeit des Untergangs der Menschheit ist real, wird täglich handfester - und zwar auf beiden Wegen des nuklearen Showdown und der ökologischen

Katastrophe.^{"lxxxix"} "Ist es im Anblick der drohenden Katastrophen links und legitim, Reformismus zu ver-teufeln?"^{"lxxxix"} "Jede grundlegende Um-gestaltung, jede Art von Revolution" - das schreibt Antje Vollmer(!), nur da-mit Ihr wißt, was Karl-Heinz Dellwos laue Rede von einer "fundamentalen Umwälzung" der "kapitalistischen Verhältnisse"^{"lxxxix"} bedeutet: Nichts anderes nämlich als die "rein psychologische Versicherung, daß" er seine faktische Politik für diese Verhältnisse "nicht mit Genuß, sondern mit Widerwillen" macht, "daß er an seiner opportunistischen Politik selbst keine Freude hat, daß sein Herz besser als sein Kopf ist"^{"lxxxix"}! - "(...) muß auf eine mög-lichst ökologische und menschliche Zukunft auch dieses Systems setzen. Wir müssen den Kapitalismus daran hindern, sich selbst abzuschaffen, in-dem er die ganze Menschheit ab-schafft."^{"lxxxix"} Auch der ehemalige Sponti vom Revolutionären Kampf in Frankfurt/Main und spätere GRÜNE 'Realpolitiker', Joschka Fischer,⁺⁺⁺ u.a. schrieben 1988: "Der **Kollaps der Umwelt** zeigt sich Tag für Tag an neuen Skandalen. Wer sich angesichts dieser Situation den Luxus des **fol-genlosen Entlarvens** leistet und damit den unökologischen Wachstumspfad weiter toleriert, macht sich mitschuldig. Wir fordern von der ganzen grünen Partei ein, sich endlich ihrer **Teilhabe an dieser Ge-sellschaft** bewußt zu werden. Wir sind, auch wenn viele das nicht wahrhaben möchten, Teil dieser Gesellschaft."^{"lxxxix"} Innerparteilich wurde die Alternative "Sein oder Nichtsein"^{"lxxxix"} an die Wand gemalt, vor dem "Abmarsch ins selbstgewählte Sektenghetto"^{"lxxxix"} gewarnt und stattdessen ein Projekt empfohlen, "das die Diskussion mit der **Gesellschaft** sucht"^{"lxxxix"} bzw. für einen "neuen Aufbruch der GRÜNEN in die Gesellschaft hinein" plädiert, um "aus den schwierigen Bedingun-gen" heraus "die Oppositionsrolle (sic!) neuzugestalten"^{"xc"}.

Gestaltung statt Analyse...

Und heutzutage bei Euch? Lutz Tau-fer schreibt in einem Brief vom Ja-nuar 1993 unter der Überschrift "**Gesellschaft oder Ghetto**": "die welt, nicht zuletzt die westlichen sy-steme, befinden sich in einem sich be-

schleunigenden prozeß der implosion. (...) mensch und natur in ihrer weiterexistenz **bedrohende apoka-lypse** namens warengesellschaft (...) hauptaufgabe des jahres 1992 (...) war **nicht**, (...) zu **entlarven**, (...), hauptaufgabe (...) wäre es gewesen, (...) handlungs- und **bewegungs-spielräume innerhalb der gesell-schaft** auszubauen. (...) auflösung der altbestimmungen revolutionärer politi-k."^{"xc"}

Wo so Demagogie betrieben wird - Ihr erinnert Ihr Euch noch, was ich oben über die Verlodderung der Theorie in der SPD geschrieben habe? -, ist klar, daß über die "**analytische Seziermethode**" der "Fundamentalisten", die "linksradikale Politik fast zum Syn-onym für Politikunfähigkeit" mache (Antje Vollmer), hergezogen wer-den,^{"xcii"} daß 'organisches', 'ganzheitliches' Denken her muß. Daß "man (...) sich (...) im sinn von tra-ditioneller '**analyse**'" - so Helmut Pohl - "nichts überlegen" kann. Das Zurückzuweisende findet Helmut Pohl "überhaupt schon bei dem blick: in dem der reale politische bereich nach kriterien der (...) wissenschaft in tortenstücke **zerlegt** wird und dann der bestimmt wird, von dem aus sich veränderungen für oder zu allen errei-chen lassen."^{"xciii"}

... und Handeln statt Entlarven?

Um aus dieser 'zerlegenden' "Politikunfähigkeit" 'gestalterische' Regierungsfähigkeit zu machen, spielte im GRÜNEN Anpas-sungsprozeß ein Terminus eine Rolle den ich weiter oben schon aus Euren Debatten zitiert habe - der des 'Entlarvens': Es müsse endlich eingesehen werden, daß es nicht aus-reiche, immer nur zu '**entlarven**',^{"xciv"} stattdessen komme es darauf an, die eigenen Inhalte praktisch - und das heißt in der Regierung - umzu-setzen^{"xcv"}. Statt der Gewöhnung "allein an das **Skandalieren bestimmter Themen**" komme es darauf an, Mehr-heiten zu schaffen, "die **denken, handeln** und sich zu Wort melden" (Antje Vollmer u.a.)^{"xcvi"} bzw. darauf, daß "jetzt die Leute zusammen-kommen, die (...) **handeln**, die von einander wirklich was **wissen** wollen und neue **gedanken** zulassen" statt "scheindiskussionen um re-

volutionär/reformistisch" führen (RAF)^{"xcvii"}.

"Bei soviel Mißständen" schreibt nicht Gregor, sondern Antje Vollmer "(...) täte ein bißchen Aufstand schon gut - (...)." Aber: "Das Warten auf den großen genialen Wurf, auf einen neuen Marx sozusagen, wird ver-gebens sein."^{"xcviii"}

D.h. Antje Vollmer zielt, in Vor-wegnahme der Sprache von Gregor und im Anschluß an den schon von mir kritisierten Bernstein, "nicht auf die Aufhebung des Lohnsystems, son-dern auf das Mehr oder Weniger der Ausbeutung, mit einem Worte, auf die Beseitigung der kapitalistischen Aus-wüchse" - bzw. "Mißstände" - "und nicht des Kapitalismus selbst."^{"xcix"}

Dafür kann dann in der Tat - mit Antje Vollmer - "jede Form des He-roismus" vermieden sowie gefordert werden, den Kampf "um das Über-leben der Menschheit nicht mit dem Leben von Menschen" zu bezahlen^c und auch von der RAF - wenn auch mit einer Legislaturperiode Verspä-tung - die Einstellung ihrer "gezielt tödliche(n) Aktionen (...) gegen Spit-zen aus Staat und Wirtschaft" erklären werden^{ci}. Der Politikstil des Entlar-vens sei solange "leidlich praktikabel, wie es darum geht, große neue Themen ins Zentrum der Öffent-lichkeit zu treiben. Heute aber käme es auf Differenzierungen an, die nicht weniger überlebenswichtig sind, aber politisch viel schwieriger zu denken **und zu handhaben** sind. **Rechthabe-riche** (...) **Politik** ist damit obso-let."^{"cii"}

Und wie wird bei Euch argumentiert: "heute ist es ein gesellschaftlich aner-kannter zustand, daß wir in einer welt voller probleme" - bzw. "Mißstände" - "leben, die auch als tägliche ka-tastrophe in den medien ihren wi-derhall finden, nachdem sie lange von feministinnen, linken, christlichen (sic!) und anderen initiative **the-matisiert** wurden und werden." In dieser Situation habe "die linke (...) die **entlarvung** der gesellschaftlichen verhältnisse als politisches mittel verloren."^{"ciiii"} Deshalb sei eigentlich schon während des Hungerstreiks 1989 ein Studium erreicht gewesen, "in dem wir uns **konkret** überlegen mußten, wie wir unsere **vor-stellungen** durchsetzen - die **periode des plakativen nein** und gegen war **überholt**."^{"civ"} Es ging um "mehr (...) **als bloßes beharren auf der richti-**

gen position.^{cv} Merkt Ihr die Demagogie? So wie v. Vollmar meinen FreundInnen und mir unterstellt hat, wir würden uns der Tagespolitik enthalten, wird auch bei Euch den KritikerInnen der neuen Politik unterstellt, daß sie "bloß (...) auf der richtigen position" beharrten, aber keine Politik machten.

Versöhnung statt Feindschaft

Und da es "kein einheitliches Feindbild" (Autonomes 1.Mai-Plenum)^{cv} bzw. "einfach kein eindeutiges linkes Feindbild" (Antje Vollmer)^{cvii} mehr gibt⁺⁺⁺ - die Zeit des "plakativen nein" ist halt vorbei -, ist klar, daß allein der schwülstig-banale Appell an 'die Menschen' - an Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit bzw. **"Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und individuelle Freiheiten"** (Antje Vollmer bei Eröffnung ihrer "Dialog"-Kampagne)^{cviii} - übrig bleibt:

"eine perspektive, die mit der abschaffung bestehender verhältnisse zu tun haben soll," - wie sollen auch nicht bestehende Verhältnisse abgeschafft werden? - "und veränderungen für freiheit, gerechtigkeit und völilige(?) gleichberechtigung wünscht (sic!) - so eine perspektive lernt wieder, solche fragen zusammen zu besprechen (sic!) und zu beantworten" - wie kann denn eine Perspektive wünschen, lernen, sprechen und antworten?! - **"und das"** - was? - **"werden menschen sein oder es wird niemand sein."**^{cxix} heißt es in Eurer Diskussion. Wer sollte es auch sonst sein? Schlägt jemand anderes vor?! Und Antje Vollmer schrieb: "Wir müssen uns in einer Zeit schon praktizierter Menschenvernichtung vor zynischer Menschenverachtung hüten. Die Widersprüche im Volk sind unsere eigenen. (...) die Leute sind (...) verschieden. (...) wir müssen (...) ehrlich sein (...) und) dürfen die unterschiedlichen Herkunftsorte und Traditionen nicht leugnen und nicht schleifen wollen. Die Linke (...) muß sich der Mühe unterziehen, den **Menschen** nahezulegen, daß **ohne ihre massenhafte Beteiligung an der Lösung der Menschheitsprobleme nichts geht.**"^{cx}

Und Joschka Fischer u.a. meinten, die GRÜNEN müßten ihr **"krudes Freund-Feind-Verhältnis"** überwinden: "Wer nicht für uns ist, ist gegen

uns. Die (fast revolutionäre) Ungeduld widerspricht im Grunde grünem Selbstverständnis, das auf die Auseinandersetzung mit anderen Personen, auf Bewußtseinsarbeit setzt. Bewußtsein ändert sich nicht schlagartig, sondern langsam. (...) Ein realisiertes grünes Projekt taugt mehr als 1000 grüne Programme, (...). DIE GRÜNEN sind kein 'ideologisch rein Projekt'.^{cx} Fällt Euch etwas auf? Gegen die "ideologischen Schlagabtausche" (Gisel Dutzi), für 'praktische Projekte', gegen ein **"armseliges verhältnis 'wir - sie'"** (Lutz Taufer)^{cxii} und - mit sozialdemokratischen Philosophen Jürgen Habermas - für die 'neue Unübersichtlichkeit'^{cxiii}, für **"Bewußtseinsarbeit"** und 'neue Werte'^{cxiv} - kennt Ihr das nicht aus Euren Diskussionen?

Rosinante und die große Weltreform

Ich kenne dies jedenfalls schon - um darauf noch einmal zurückzukommen - aus meinen Diskussionen mit Bernstein. Meinem Beharren auf den "materiellen Voraussetzungen des Kampfes"^{cxv} für den Sozialismus hielt er die Frage entgegen: "Wozu die Degradierung der Einsicht, des Rechtsbewußtseins, des Willens der Menschen?"^{cxvi} Ich antwortete ihm, der Sozialismus "soll also kraft des souveränen, nicht im Dienst der wirtschaftlichen Notwendigkeit wirkenden Willens der Menschen oder genauer, da der Wille" - für Bernstein - "selbst bloß ein Instrument ist, kraft der Einsicht in die Gerechtigkeit, kurz kraft der *Gerechtigkeitsidee* verwirklicht werden. Da sind wir glücklich bei dem Prinzip der Gerechtigkeit angelangt, bei diesem alten, seit Jahrtausenden von allen Weltverbessern in Ermangelung sicherer geschichtlicher Lokomotionsmittel gerittenen Renner, bei der klapprigen Rosinante, auf der alle Don Quichottes der Geschichte zur großen Weltreform hinausritten, um schließlich nichts anderes heimzubringen als ein blaues Auge."^{cxvii}

Alltag und Utopie

Aber natürlich soll es - dem *Anspruch* jeder 'Realpolitik' nach - nicht nur bei einer visionären "Gerechtigkeitsidee" bleiben, sondern es sollen schon **"konkrete Veränderungen"** sein; die

Vision, die Utopie soll - wer seinen Ernst Bloch gelesen hat, wird es wissen - eine "konkrete" sein: "Die Arbeit an dieser **'Konkreten Utopie'** für einen besseren **Alltag'** haben wir" - die GRÜNEN! - "bisher **nachlässigt**. Nur wenn es uns gelingt, die Verbindung von grüner Politik und einer anderen Lebenspraxis **HIER UND JETZT** herzustellen, werden wir **in gesellschaftlichen Diskussionen Gehör finden,**" meinten Joschka Fischer u.a. 1988.^{cxviii} Joschka Fischer knüpfte damit an Formulierungen an, mit denen er in der zweiten Hälfte der 70er Jahre seinen Abschied von den Spontis **begann einzuleiten**, nachdem (nach einer militanten Demo in Frankfurt nach dem Tod von Ulrike Meinhof) nach ihm öffentlich von der Polizei gefahndet worden war. Er schrieb damals, u.a. unter der Überschrift "Uns treibt der Hunger nach Liebe, Zärtlichkeit und Freiheit": "Wir wollen nicht eines fernen Tages den Sozialismus aufbauen, sondern für uns vollzieht sich Befreiung im **alltäglichen Widerstand.** (...) Gerade weil unsere Solidarität den Genossen im Untergrund gehört (!), weil wir uns mit ihnen so eng verbunden fühlen (!), fordern wir sie **von hier** aus auf, Schluß zu machen mit diesem Todestrip, runter zu kommen von ihrer 'bewaffneten Selbstisolation', die Bomben wegzulegen und die Steine und einen Widerstand, der ein anderes **Leben** meint, wieder aufzunehmen." "Unser Leben darf nie mehr Anhängsel irgendeiner Form von Politik (P) werden, sondern muß im Mittelpunkt unserer Befreiung stehen." Der Weg zu den GRÜNEN als Alternative zur "Flucht in den Untergrund, Flucht ins ferne Land, Flucht in die **Drogen**, Flucht in den **Selbstmord.**"^{cxix}

Nicht weniger sektiererisch als die Politik der Spontis in den 70er Jahren sowie der GRÜNEN in den 80er Jahren scheint auch die RAF-Politik jener Jahre gewesen zu sein, wenn die RAF 1992 schreibt: "Wir hatten unsere Politik ganz stark auf Angriffe gegen die Strategien der Imperialisten **reduziert** und gefehlt hat die Suche nach unmittelbar positiven Zielen und danach wie eine gesellschaftliche Alternative **hier und heute** schon anfangen kann zu existieren. Daß das hier möglich ist, daß es geht, so etwas anzufangen, haben die Erfahrungen, die andere erkämpft haben, gezeigt."

Auch die RAF stellt diese Politik einem **Verrecken "an der Nadel"** und dem **"Selbstmord"** gegenüber.^{cxx} Karl-Heinz Dellwo schließlich meint: "Hier müssen wir im Konkreten was Neues finden, und das **Konkrete** ist identisch mit dem **Alltäglichen** in der **Gesellschaft**. In dieses Alltägliche müssen wir das **Moment der Transformation bringen**."^{cxxi}

Wie die neue Politik alte Fragen beiseite schiebt

Und selbstverständlich ist gerade diese "konkrete" Politik "im Alltag" die eigentlich radikale Politik, die "praktisch" etwas ändert: "*Inhaltlich* bedarf eine solche ökologische Reformpolitik einer **größeren Radikalität** und mehr utopischer Phantasie als die radikale Linke der Vergangenheit. In der *Form* der Politik aber ist die **alte Frage von Reform und Revolution** entschieden: Die Überlebensfragen der Gattung sind **nur gewaltfrei** und in Übereinstimmung zu lösen, jenseits der nationalen und Klassenideologien, jenseits der von Menschen geschaffenen Grenzen der Staaten, Systeme und Religionen," schreiben Fischer und Co.^{cxxii}

Und auch in Euren Diskussionen habe ich jetzt - von einem ehemaligen Gefangenen! - die These gehört, daß eine Kritik der Haftbedingungen unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechte "**viel radikaler**" sei, als die These von Andreas Baader, daß Folter kein revolutionärer Kampfbegriff sei.[#] Und die RAF hat ja schon im vergangenen Sommer 'gewußt' (auch wenn sie diese 'Erkenntnis' jetzt auch zunächst zurückgestellt hat), "daß wir diesen [von der RAF gewünschten Neubestimmungs-, R.L.] prozeß heute mit bewaffneten aktionen^{##} **nicht voranbringen**."^{cxxiii} Und in ihrer Erklärung zu Weiterstadt bekräftigt die RAF jetzt: "solche **scheindiskussionen um revolutionär/reformistisch** sind ohne jeden gebrauchswert für die Neubestimmung revolutionärer politik; und auch im festhalten und beharren auf zeitlos **alte klarheiten**" - bzw. dem "alten Katechismus" (v. Vollmar) - "wird niemand antworten auf die sich heute stellenden fragen finden."^{cxxiv}

Und, so wie Fischer & Co. die Kritik an ihrer Positionen mit dem 'Argument' weggewischt haben, diese Kritik trage "den Bruch in die eigene

Partei"^{cxxv}, sei "Lager-" statt "Parteiloyalität",^{cxxvi} "Konfrontation" statt "Integration" und Antje Vollmer u.a. vorgaben, der "Polarisierung ideologisch nicht (zu) folgen"^{cxxvii}, kritisiert auch die RAF die "althergebrachte der deutschen linken", die sich angeblich "auf das bemühen anderer" bloß 'draufstützt', "um zu sehen, wie man es zerreißen kann"^{cxxviii} und wendet sich Gisel Dutzi - wie schon zitiert - gegen "ideologische Schlagabtausch" und wirft Gregor den Gießnerinnen vor, eine "Spaltung" der Gefangenen zu betreiben^{cxxix} -

Gregor hat seine Lektion in Sachen Demagogie von den grünen 'RealpolitikerInnen' auch gelernt, wenn er einerseits erkennt, daß die RAF ihr Verhältnis zum Staat auf eine Ebene außerhalb des Krieges stellen will^{cxxx} und gleichzeitig **bestreitet**, daß das auf eine **Aufgabe** des revolutionären Kampfes hinausläuft.^{cxxxi} Kaum besser kann es Antje Vollmer: "Gewaltfreiheit ist (...) **nicht zu verwechseln mit Staatshörigkeit** und Konfliktscheu. Streiks, Blockaden, Besetzungen (wir erinnern nur an Rheinhausen) sind legitime Mittel aus der Tradition des gewaltfreien Widerstands. (...) Nicht distanzieren - und nicht wegducken; offensive Auseinandersetzung über die politische Strategie und die Zumutung unserer Position der Gewaltfreiheit, wo immer möglich - (...)."^{cxxxii} Haltet Ihr alle diese Parallelen wirklich immer noch für Zufall? Ich will Euch zum Schluß zeigen, daß die Parallelen nicht nur im Bereich von vielleicht notwendigerweise allgemeinen Grundsatzformulierungen bestehen, sondern bis hinunter zur programmatischen Konkretisierung und der Bewertung einzelner historischer Ereignisse reichen:

Tempo 30: Umbau statt Umwälzung

Joschka Fischer u.a. schrieben 1988: "Nicht ohne Grund sind DIE GRÜNEN als kommunalpolitische Kraft so erfolgreich. Ob **Tempo 30**, verbesserter Nahverkehr oder neue Müllkonzepte, hier spüren die Menschen, daß es den GRÜNEN vor Ort **nicht um Verhinderung**, sondern um die Chance für ein besseres Leben geht. **Hier** sind sie bereit, in ihrem Alltag etwas beizutragen."^{cxxxiii}

Und in Eurer Diskussion heißt es in dem Text, in dem schon behauptet wurde, daß "die periode des plakativen (...) **gegen überholt**" sei: "der abschätzig blick auf verkehrsblokkaden und **tempo 30**-forderungen ist nicht unserer, er zeigt nur die entfremdung vieler linker von ihren zielen. (...) es geht hier auch um ideen und wünsche, mit denen jede und jeder **hier** angefangen hat (...)."^{cxxxiv}

Schon lange vor der Ratifizierung des Sieges der 'RealpolitikerInnen' bei den GRÜNEN (durch den Sturz des radikalökologisch/ökosozialistischen Bundesvorstandes Ende 1988, die SPD/AL-Koalition in Berlin Anfang 1989 und die pro-'Wiedervereinigungs'-Beschlüsse der GRÜNEN nach der Wende in der DDR) war in der GRÜNEN Wirtschaftspolitik weitgehend - und d.h. auch bei vielen sog. 'Linken' - Konsens, daß es um **schrittweisen Umbau und nicht eine revolutionäre Umwälzung** zu gehen hat. Schon das erste - noch relativ 'linke' - GRÜNE Wirtschaftsprogramm stand unter der (klassen- etc.)interessen-indifferenten Überschrift "**Sinnvoll arbeiten, solidarisch leben**"^{cxxxv}. Andere - sog. "ökolibertäre" - Kräfte um Thomas Schmid u.a. hielten schon damals eine Orientierung an Auseinandersetzungen im Erwerbsarbeitsbereich und eine *von links* kritische Unterstützung von gewerkschaftlichen Forderungen für verfehlt und propagierten stattdessen eine '**Tätigkeitsgesellschaft**', die den sog. Industrialismus ohne direkten Angriff auf den Kapitalismus überwinden sollte.

Auch diese Debatte ist inzwischen in Eurer Diskussion angekommen. So schreibt Karl-Heinz Dellwo: "(...) das geschwafel von 'arbeitsplätze schaffen' (...), obwohl jeder (...) weiß, daß die entwicklung in zukunft unaufhaltsam (sic!) in eine andere richtung läuft." Deshalb komme es darauf an, diese entwicklung zu antizipieren und "etwas völlig neues zu probieren. **umbau** der gesellschaftlichen lebensprinzipien der menschen. es ist das alte so zu organisieren, daß alle darin **sinnvoll leben** können und es gleichzeitig zu reduzieren, so daß 'platz', **raum** und zeit für neue gesellschaftsversuche **entstehen** kann. die abschaffung der arbeit (und 'arbeit ist eindeutig [...] zu unterscheiden von

'**tätigkeit**' [...] (...) seit 20 Jahren reduziert sich in allen Industriestaaten der produktive Sektor (...).^{cxxxvi} In dieser Perspektive kann er sich mit Joschka Fischer u.a. einig wissen, die schon 1988 schrieben: "Mit der hier beschriebenen Entindustrialisierung hat sich aber ein gesellschaftlich politischer Wandel vollzogen. Die formelle Arbeit steht immer weniger im Zentrum des gesellschaftlichen und individuellen Bewußtseins. Freizeit und Eigenarbeit" - bzw. Tätigkeit - "haben so viel Gewicht bekommen, daß Fabrik und Beruf nicht mehr völlig im Zentrum der normalen Lebens- und Arbeitsplanung stehen. Dadurch sind für jeden einzelnen Menschen größere individuelle Gestaltungschance eröffnet worden. (...) Oder eine Arbeitszeitpolitik, bei der wir bereits heute Freiheitsspielräume, vielfältige Arbeitszeitmodelle mit möglichst individuellem Zuschnitt fordern (...); Zielrichtung: Arbeiten, um zu leben - nicht umgekehrt! Grüne Politik **eröffnet Spielräume**. Sie setzt freilich Menschen voraus, die diese Spielräume zu nutzen verstehen. Deshalb ist das grüne Projekt immer eines, das (...) **von unten** getragen werden muß" - Gegenmacht von unten! - "und nicht, wie die kurzatmige Reformpolitik der 60er Jahre, von oben verordnet werden kann. Deshalb ist es auch eines, das Zeit braucht."^{cxxxvii}

Die "fehlende Freude am Kind"

Andere wichtige Auseinandersetzungen, die den Sieg der 'RealpolitikerInnen' vorbereiteten, waren die Diskussionen über die GRÜNEN Frauenpolitik - dies aus einem doppelten Grund: zum einen weil die Stärke des linken Flügels in den GRÜNEN auf einem Bündnis zwischen Feministinnen und traditionellen Linken beruhte; zum anderen deshalb, weil eben dieses Bündnis nur taktisch motiviert war und ihm keine gemeinsame Analyse und Strategie zugrundelag, so daß kaum eine Feministin aus den GRÜNEN ausgetreten wäre, ausschließlich weil die 'RealpolitikerInnen' den Verzicht auf vollen Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt hätten, und erst recht kaum ein 'linker' Mann die Partei verlassen hätte, ausschließlich weil die Forderungen nach der ersatzlosen Streichung des § 218

aus dem Programm gestrichen worden wäre.

Die tatsächlichen Durchbrüche der 'RealpolitikerInnen' erfolgten dann später nicht an diesen beiden Fragen. Aber trotzdem zeigt die Situation, daß die 'RealpolitikerInnen' die richtigen Angriffspunkte wählten, als sie u.a. mit einem "Müttermanifest" erfolgreich versuchten, feministische Positionen in der Partei zurückzudrängen: "Mütter" sollten sich nicht länger an den Positionen der Frauenbewegung orientieren, da diese von den Vorstellungen "kinderloser" "Karrierefrauen" dominiert seien; es gelte das "**Ghetto der Nichtmütter**" zu **verlassen** stattdessen "eine **Rückkehr** von Müttern und Kindern **in die Gesellschaft** zu schaffen".^{cxxxviii} Außerdem weigerte sich die Bundestagsfraktion, einen Gesetzentwurf in den Bundestag einzubringen, nach dem auch eheliche Vergewaltigungen vom § 177 Strafgesetzbuch erfaßt und dort die Regelung über sog. minderschwere Fälle gestrichen werden sollte, ohne daß gleichzeitig das Mindeststrafmaß - wie dies die 'RealpolitikerInnen' wollten - von 2 auf 1 Jahr verringert wird. In Anbetracht dessen sollten in Eurer Diskussion

** die Angriffe auf die Feministinnen aus Gießen, die in der Interim 229 eine Kritik an der neuen RAF-Politik veröffentlicht haben,

und,
** daß es Lutz Taufer für eine "Tatsache" hält, "daß die Warengesellschaft in ihrer heutigen fundamentalistischen Ausprägung (...) zu einer unaufhaltsamen **Verwahrlosung der** Gesellschaft, ihrer **sozialen Bindekräfte** und so ihrer Reproduktion überhaupt führt (fehlende Freude am Kind), akut bedrohlich vor allem (...) bei tausenden Kindern und jugendlichen sichtbar"^{cxxxix}, Aufmerksamkeit erhalten.

Ganz ähnlich sorgten sich nämlich schon 1988 die grünen 'Realpolitikerinnen' Waltraud Schoppe und Gisela Wülfing um die Gebärfreude der Frauen und forderten: "Im Kinderwunsch können (sic!) Frauen nicht mehr nur Entfremdung sehen. (...). Die Existenz von Müttern mit ihren Kindern ist in unserer Gesellschaft randständig. Die Isolation können und wollen Frauen mit Erwerbstätigkeit durchbrechen. Und was können die Kinder? Sie können sich in unseren kinderfeindlichen

Städten (...) kaum (...) entziehen. Erfahrungen und Untersuchungen zeigen immer, daß Gewalt in der Familie verstärkt in den Familien auftritt, die stärker isoliert sind als andere. (...) die Schaffung von Mütterzentren (... kann) diese **Isolation** durchbrechen"^{cxli} und der "Freude am Kind" aufhelfen. Derartige "Mütterzentren", in den Frauen un- oder niedrigbezahlte Arbeit leisten sollten, stellten auch die Verbindung zu dem zuvor besprochenen Punkt der sog. "Eigenarbeit" her - es handelte sich um nichts anderes als eine alternative Version von 'Frauen heim' - bzw. im "Mütterzentrum" - 'an den Herd'; - die antiimperialistische Version zu diesem Konzept steuert jetzt *faktisch* Karl-Heinz Dellwo bei, wenn er ohne auch nur einen Gedanken an die 'in dieser Gesellschaft' patriarchal strukturierte Arbeitsteilung zu verwenden, über eine "Tätigkeit, die nicht mehr kapitalisiert" - d.h. unbezahlt - ist und "einfach aus menschlicher Solidarität" und "sozialer Verantwortung" gemacht wird, schwadroniert.^{cxli}

Das Sektendickicht der 70er Jahre

Gemeinsam ist Euren und den GRÜNEN 'RealpolitikerInnen' schließlich ein politischer Horizont der über die Zeit der eigenen Politisierung, die StudentInnenrevolte von 68 und das Begrüßen deren demokratischer Integration, sowie der Verdammung des "autoritären Sektengewesens des Linksradikalismus der siebziger Jahre" (Fischer u.a.)^{cxlii} bzw. der "Kinderkrankheiten der linken" (Knut Folkerts)^{cxliii}, des "Dickicht(s) der 70er Jahre" (Lutz Taufer)^{cxliv} kaum hinaus reicht - sowohl bei Joschka Fischer u.a. als auch bei Euren neuen PolitikerInnen. Erstere schrieben 1988: "Seit 1968 wurde diese Möglichkeit (ein neues Kapitel "deutscher demokratischer **Kultur**", R.L.) im Kampf der **Demokratie von unten** zu einer angeeigneten Wirklichkeit."^{cxlv} Und Lutz Taufer meint: "wenn es nach dem zweiten Weltkrieg **eigen-ständige demokratisierung** gegeben hat, so (...) war (es) die 68er-Bewegung, die (...) die linke, ihre Werte, **Kultur** und Kontinuität wieder lebendig und berechtigt hat werden lassen in Deutschland west."^{cxlvi}

Zivilgesellschaft in der Hafens- straße: Zuspitzung der Widersprüche oder Deeskalation?

Diese "demokratische Kultur" schließlich ist es, die heute auch eine "politische Lösung" für die Gefangenen möglich machen soll. Dafür, daß eine solche "politische Lösung" keine Versöhnung mit dem Staat sei, werden in Euren Diskussionen häufig die Verträge der Hafensstraße angeführt. *Genau in dieser Weise* wurden die Verträge schon damals von GRÜNEN 'RealpolitikerInnen' interpretiert: die Hafensstraße "als jüngstes Beispiel" dafür, daß es in der BRD eine "einmalige Öffnung gesellschaftlicher Institutionen für zivile und gewaltfreie Lösungsstrategien" gebe.^{exlvii}

Tatsächlich führte nur die "Gewalt und die Gewaltbereitschaft (nicht nur) der Bewohner der besetzten Häuser" auf der einen Seite^{####} und die "Anwesenheit von 6.000 einsatzbereiten Polizisten" auf der anderen Seite zu *diesem* - kompromißhaften - Ergebnis.^{exlviii} Und dies ist genau der wesentliche Unterschied: Während die Hafensstraße gerade in einer militärisch massiv zugespitzten Situation eine sog. "politische Lösung" durchsetzen konnten (die deshalb eigentlich eine politisch-militärische "Lösung" war), meint die RAF heute eine "politische Lösung" durchsetzen zu können, indem sie von sich aus "die Eskalation zurück(nimmt)"^{exlix}. Womit wir wieder beim Ausgangspunkt angekommen sind:

Die RAF stützt ihre Theorie von der Aufhebung der Widersprüche genauso wenig wie Bernstein - und im Gegensatz zur marxistischen Theorie, die meine GenossInnen und ich verteidigt haben - "auf (...) ihre eigene konsequente Entwicklung". Die Theorie von RAF und Bernstein steht "zwischen den beiden Extremen", sie wollen "nicht die Widersprüche zur vollen Reife gelangen lassen," um dann den revolutionären Umsturz zu bewirken, sondern sie wollen "ihnen die Spitze abbrechen, sie *abstumpfen*"^{cli} - Deeskalation, wie das zu Zeiten des SPD/AL-Senates in Westberlin hieß.

Allerdings - und dies will ich auch zum Abschluß noch einmal betonen - besteht die marxistische Taktik auch "nicht darin, daß man die Entwicklung der kapitalistischen Wider-

sprüche bis zur äußersten Spitze und dann erst ihren Umschlag *abwartet*. Umgekehrt, wir stützen uns auf die einmal erkannte Richtung der Entwicklung" und "treiben (...) dann im politischen Kampf ihre Konsequenzen auf die Spitze."^{cli} Dies allerdings nicht in dem Sinne, "eine historische revolutionäre Strategie auf die Radikalisierung der Polizeikräfte zu begründen," sondern im Wissen, "daß die Entwicklung des Klassenkampfes unerbittlich die polizeiliche und militärische Repression nach sich zieht, und daß die Frage also nicht ist, die Ausübung der Repression zu 'wollen' oder nicht, sondern sich auf sie vorzubereiten, denn sie wird im Verlauf des revolutionären Prozesses immer mehr anwesend sein. Die Frage kann sich nur so stellen: (...) **den Kräften des Feindes (...) überlegene Kräfte entgegenzusetzen, um zu siegen (...)**."^{clii} -

Kämpfen müßt Ihr selbst!

Liebe Freundinnen und Freunde, ich weiß, daß ich bei vielen von Euch sehr angesehen bin, und daß sich bspw. die Vertreterinnen - des von vielen von Euch übernommenen - Bielefelder Subsistenzansatzes (Maria Mies u.a.) meinen, auf meine Theorie über Kapitalakkumulation stützen zu können.^{####} 'Gründe' habt Ihr dafür viele: Erstens bin ich eine Frau, zweitens schon lange tot, drittens als Kämpferin für eine bessere Welt von der Reaktion ermordet worden, viertens keine Leninistin - oder wird mich die "Interim" jetzt dazu machen? -, fünftens beziehen sich selbst Reaktionen häufig positiv auf meine Aussage, daß die Freiheit immer die Freiheit des Andersdenkenden bedeute - zu welchem Zweck übrigens? -, sechstens, siebtens usw. Vergeßt das lieber mal für einen Augenblick. Macht mich nicht zu einer Kult- oder Identifikationsfigur. Das kann nämlich durchaus mit anpasslerischer Praxis einhergehen. Haltet Euch lieber an meine Einsicht, für die ich auch jetzt noch mit aller Leidenschaft eintrete, daß der Kapitalismus weg muß, wenn eine bessere Welt geschaffen werden soll. Dies gegen Eure neuen PolitikerInnen und all diejenigen, die das Scheitern des 'realen Sozialismus' zum Anlaß oder Vorwand genommen haben, sich innerhalb der bestehenden Verhältnisse

einzurichten - kritisch-grüblerisch selbstverständlich.

Und bedenkt eines: der Kapitulation einer Partei oder Bewegung, die grundsätzliche Veränderungen auf ihre Fahnen geschrieben hat, beginnt lange vor dem großen Kladderadatsch. Bei Euch wird bereits heftig - natürlich mit den besten Absichten - an ihm gearbeitet! Ich kann Euch nur auf die Parallelen hinweisen; bekämpfen müßt Ihr sie selber, wenn Ihr nicht so endet wollt wie die SPD und die GRÜNEN.

Rosa Luxemburg

PS: Einen besonderen Dank an die GenossInnen, die mich über Eure Diskussionen auf dem Laufenden gehalten haben.

* Ich beziehe mich im folgenden neben verschiedenen veröffentlichten Texten auch auf zwei halb-öffentliche Texte, die in Euren Zusammenhängen kursieren. Ich mache dies, weil ich schon in meiner Auseinandersetzung mit Bernstein damit konfrontiert war, daß die "gefährlichste Seite" dessen Theorien "in ihren Konsequenzen" bestand, "in dem, was sich aus ihnen für die Bewegung ergibt, wenn sie zur vollen Reife entfaltet werden." Aber davor, diese letzten Konsequenzen offen auszusprechen, "schreckt(e) Bernstein zurück. (...) Die Tatsache, daß Bernstein die Konsequenzen seiner Auffassung nicht ziehen will oder nicht sieht und auf halbem Weg stehen bleibt, ist die Quelle von zahlreichen Mißverständnissen geworden." Aber das Mißverständnis liegt - wie Geschichte inzwischen leider bestätigt hat - "nicht auf seiten derjenigen (...), die das Versteckte in seinen Theorien hervorkehren und ihn als einen Abtrünnigen bekämpfen, sondern umgekehrt auf seiten derjenigen, die seine Worte und Beteuerung für beweiskräftig halten und in seinen Theorien 'nichts Neues' vom Standpunkt der Parteigrundsätze sehen." (Rosa Luxemburg, *Zum kommenden Parteitag* (1899), dies., *Werke*, Band 1/1, Berlin/DDR, 1974, 516 - 536 [522]). Deshalb will ich mich nicht erneut mit derartigen Beteuerungen abspesen lassen, sondern wenigstens jene letzten Konsequenzen hier zitieren, die von Euren neuen PolitikerInnen schon selbst gezogen worden sind - wenn auch 'im kleinen Kreis', als 'Privatmeinung' etc. "Das Private ist politisch!" wie Ihr heutzutage sagt. - Daß ich aus diesen halb-öffentlichen Texten zitierte, müßte eigentlich auch im Interesse Eurer neuen PolitikerInnen sein. Denn Lutz Tafer begründete das Öffentlichmachen einer Diskussion, die die Tübinger Initiative für die Zusammenlegung zunächst nur mit den Gefangenen führen wollte, mit einer (eine spezielle Situation prinzipiell zu pauschal verallgemeinernden, aber im konkreten Fall doch richtigen) Verallgemeinerung so: "politik ist was, was grundsätzlich im öffentlichen raum stattzufinden hat." "eine unserer forderungen in stockholm war, daß die verhandlungen öffentlich geführt werden." (Brief von Lutz Tafer an die Tübinger Initiative in: Interim, Nr. 180, 13.02.1992, 32 - 37 [37]).

** Der Begriff der "Realpolitik" geht auf den ehemaligen 1848er Revolutionär Ludwig August von Rochau zurück, der diesen Begriff prägte als er zum Bismarck-Anhänger wurde: "Realpolitik bewegt sich nicht in einer *nebelhaften Zukunft*, sondern im Gesichtskreis der

Gegenwart, sie findet ihre Aufgabe (...) in der Erreichung konkreter Zwecke, und sie weiß sich, *unter allem Vorbehalt*, mit halben Resultaten zu begnügen, **wenn die ganzen nun einmal bis auf weiteres nicht zu haben sind**. ... Es ist ihr eine Gewissenssache, die Menschen und die Dinge so zu sehen, wie sind, und demgemäß nur zu wollen, was sie kann." [Grundsätze der Realpolitik - angewandt auf die staatlichen Zustände Deutschlands (1853/1869), Frankfurt/Berlin/Wien, 1972, 208 zitiert nach Wolfgang Kraushaar, *Realpolitik als Ideologie*. Von Ludwig August von Rochau zu Joschka Fischer, in: 1999, Heft 3/1988, 79 - 137 (106) - Hervorhebungen von mir, R.L.]. Wolfgang Kraushaar gibt ebd., 107, 133 f. folgende - ebenfalls bis heute noch gültige *kritische* Definition der "Realpolitik": "Sie ist antidemokratisch" (massenfeindlich); "sie ist antifeministisch"; sie lehnt "alle Gesellschaftsentwürfe (ab), die nicht dem Bestehenden verhaftet bleiben, (...), und sie ist antisozialistisch, weil der Gedanke an eine soziale Revolution die größte Gefahr für die deutsche Nationalpolitik" - **die Gesellschaft** - "darstellt."

*** Auch Hanna Cash ging es erklärtermaßen um Anpassung. Sie erklärte ihre ethisches Politikkonzept ausdrücklich deshalb für richtig, "weil das (die Ethik, R.L.) auf konservativ-reaktionärer Seite selbstverständlich ein ganz wichtiges Kampffeld um die Herzen und Köpfe der Menschen ist." (Hanna Cash, *Auf ins Offene!* Beitrag zur Diskussion mit den Gefangenen und der RAF, Beilage zum AK 329, 08.04.1991, 1 - 4 [4]). RevolutionärInnen müssen aber häufig, und so auch hier, das herrschende Terrain verlassen, um ihren Kampf führen zu können.

**** Diesen Gedanken hatte zuvor schon Rochau, a.a.O. (FN **), 255 zitiert nach Kraushaar, a.a.O. (FN **), 111 entwickelt: Der sog. "politische Idealismus gehöre in den Bereich der Theorie. Seine Emanationen seien 'Turnübungen des politischen Geistes', die eine positive Funktion nur in der 'Rolle eines Vorläufers und Bahnbrechers' spielen könnten." Die "praktische Politik" sei demgemäß nicht die Verwirklichung eines solchen - eben auf den Bereich der Theorie beschränkten! - "spekulativen Systems"; die "Staatskunst" sei vielmehr die "Kunst des Erfolges." Daß eine solche pragmatische (praktizistische) Verdrehung der marxistischen These vom Primat der Praxis nicht nur mit einer reformistischen, sondern auch mit einer revolutionaristischen Politik einhergehen kann, hat die RAF im Konzept Stadtguerilla bewiesen: "Die Rote Armee Fraktion redet vom Primat der Praxis. Ob es richtig ist, den bewaffneten Widerstand jetzt zu organisieren, hängt davon ab, ob es möglich; ob es möglich ist, ist nur praktisch zu ermitteln." [Rote Armee Fraktion, *Das Konzept Stadtguerilla*, in: Redaktion (Hg.), Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF), Köln, 1988, 5 - 13 (9)].

+ Brief von Lutz Tauber vom Januar 1992, S. 4: "hauptaufgabe des jahres 1992 für uns war nicht, diesen minister oder jenen geheimdienstklüngel als unmoralisch oder unehrlich zu entlarven, um daraus eine legitimierung für jenes ominöse revolutionäre projekt zu saugen, das ansonsten keine erkennbaren eigenschaften besitzen würde." Wer ein solches projekt verfolge, müsse "sich fragen lassen, ob er überhaupt noch **politikfähig** ist." Entsprechend auch das papier "Einige anmerkungen...", S. 1: "In den Diskussionen noch vor der RAF-Erklärung" und nach der sog. Kinkel-Initiative "würden die Gruppen am ehesten **handlungsfähig**, denen jetzt politische Blauaugigkeit vorgeworfen wird." Und schließlich die Initia-

tive zur Befreiung der politischen Gefangenen: "die linke hat die entlarvung der gesellschaftlichen verhältnisse als politisches mittel verloren. (...), die initiativen aus der vergangenheit sind zur zeit **weder politik- noch kampffähig** zum teil noch nicht einmal willens." [Initiative..., a.a.O. (FN viii), 6 f.]. Joschka Fischer u.a. schrieben 1988 in ihrem "realpolitischen Manifest" (ich werde Euch weiter unten im Haupttext noch etwas genauer über diesen grünen Anpassungsprozeß berichten): "**Politikfähig** sind diese Parteistrukturen" der GRÜNEN "schon lange nicht mehr, neuerdings erweisen sie sich kaum noch als **protestfähig**." [Joschka Fischer u.a., *Sein oder Nichtsein*, in: *Sein oder Nichtsein*. Entwürfe für ein realpolitisches Manifest, Juni 1988, 3 - 12 (3)].

++ Für die politische Konsequenz ist es durchaus gleich, ob die **sprachliche Eliminierung des Antagonismus** damit *beginnt*, 'statt ArbeiterInnen' oder 'statt KapitalistInnen' 'Menschen' zu sagen. - Mit der sprachlichen Eliminierung des Antagonismus folgt die RAF - bewußt oder unbewußt - dem theoretischen Bezugspunkt vieler Elemente ihrer neuen und alten Theorie: der 'Verdinglichungs-Theorie' von Georg Lukács. Danach bedeutet der "Unterschied, daß der Arbeiter der einzelnen Maschine, der Unternehmer dem gegebenen Typ der maschinellen Entwicklung, der Techniker dem Stand der Wissenschaft und der Rentabilität ihrer technischen Anwendung gegenüber stehen muß, (...) eine bloß quantitative Abstufung und unmittelbar keinen qualitativen Unterschied" in der Verdinglichung deren Bewußtseins (Georg Lukács, *Geschichte und Klassenbewußtsein*, in: ders., *Werke*. Band 2, Neuwied/Westberlin, 1968, 161 - 517 [273] zit. nach Argument-Sonderband 40 (*Theorien über Ideologie*), Westberlin, 1979, 51). So werden die **Widersprüche in der Gesellschaft** in Widersprüche zwischen Mensch und Maschine undefiniert. - In diesem Kontext erklärt sich auch der positive Bezug, den die RAF die in ihrer April-Erklärung auf "Vertreter aus der Wirtschaft" nimmt, die angeblich "Druck" für eine "politische Lösung" machen (RAF, Interim 189, 5).

+++ Zu diesem Weg s.: Wolfgang Kraushaar, *Realpolitik als Ideologie*. Von Ludwig August von Rochau zu Joschka Fischer, in: 1999, Heft 3/1988, 79 - 137 (85-96, 115-137); vgl. die Zusammenfassung in: Konkret 8/1988, 15 - 17 (15, 17). In diesem sehr interessanten Text wird außerdem gezeigt, daß das Pathos, "Alles darf geschehen, nur eines nicht: Noch länger zu warten. Es muß gehandelt werden, komme was wolle," sowohl der 'realpolitischen' als auch der aktionistischen, vor-'realpolitischen' Phase von Rochau und Fischer eigen ist. Die damit ange deutete Trennung von sog. Theorie und sog. Praxis ist es, die *beide* Phasen der Genannten von revolutionärer Politik trennt (vgl. FN **** sowie Luxemburg, a.a.O. wie oben bei FN Ix im Haupttext zitiert).

++++ An dieser Stelle muß ich zugeben, daß ich mich geirrt habe, als ich mich von den ersten radikalen Feministinnen meiner Zeit so heftig abgegrenzt habe. Und vielleicht war es auch etwas Opportunismus, daß ich an dieser Frage nicht rühren wollte - weil ich eh schon als 'hysterische Materialistin' verschrien war [s. dazu: Ingrid Strobl, *Die rote Rosa*, in: Broschürengruppe für Ulla und Ingrid (Hg.), *Anschlag auf die Schere am Gen und die Schere im Kopf*, Hamburg, 1988, 70 - 73 (73)]. Wenn ich heute die Reaktion von Gregor (Interim 232) auf die Kritik der Frauen/Lesben-Gruppe aus Gießen (Interim 229) an der neuen Politik der RAF lese, dann scheint es wieder einmal so, als ob sich die Geschichte wiederholt. Deshalb

denke ich inzwischen, daß sich revolutionäre Politik nur im gleichzeitigen Angriff auf Kapital und Patriarchat durchsetzen läßt. Und deshalb haben natürlich Antje Vollmer und das Autonome I.Mai-Pleum Recht, wenn sie fragen, ob es "linke Sexisten" gibt, und darauf hinweisen, daß der "Widerspruch zwischen Frauen und Männern (...)" auch am 1. Mai nicht aufgehoben" ist. Daraus folgt aber *kein* 'Ende des Feindbildes' - für uns Frauen eh nicht, und auch nicht für tatsächlich revolutionäre Männer: "Frauen, die die herrschenden Verhältnisse, die Herrschaft im wahren Sinnen des Wortes radikal aufheben wollen, bedürfen nicht so sehr der männlichen Genossen, die sich für ihre Freunde halten, als der männlichen Genossen, die bereit sind, zum Feind des Mannes zu werden." (Ingrid Strobl, *Die Angst vor den Frösten der Freiheit*, in: Projektgruppe Metropolen(Gedanken) und Revolution? (Hg.), *Texte zu Patriarchat, Rassismus & Internationalismus*, Berlin, 1991, 13 - 25 (25)).

"(...) staatliche Counterbewegung (...), die foltern muß (...). Folter ist kein revolutionärer Kampfbegriff. Aufklärung darüber [über die Haftbedingungen, R.L.] hat vielleicht eine Schutzfunktion - aber die Mobilisierung, die sie braucht, muß sich gegen die Politik wenden, auf die der Staat mit Folter reagiert (und damit zuletzt gegen die Gefangenen selbst), solange das Vehikel ihrer Politik der moralische Reflex derer ist, die in diesem Staat noch zu Hause sind (...). das heißt, die Mobilisierung muß gegen uns laufen, wenn sie nicht mit der Propaganda bewaffneter Politik vermittelt ist (...)." [Erklärung von Andreas Baader, in: Redaktion (Hg.), Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF), Köln, 1988, 57 - 59 (58, 59)].

Dabei übersehe ich nicht, daß es zwischen bewaffneten Aktionen und GRÜNER Gewaltfreiheit noch eine Menge Aktionsformen (Mollis, Steine etc.) gibt, die die RAF (bisher) - zumindest nicht ausdrücklich verworfen hat. Da die RAF aber die Aussetzung ihrer Angriffe auf die "Spitzen aus Staat und Wirtschaft" in den Kontext dessen stellt, was die Feministinnen aus Gießen als These von der "allgemeine(n) ver-gewalt-ung aller lebensbereiche" bezeichnen und kritisieren (Interim, Nr. 229, 24, 27), ("Zerstörung und Verzweiflung", "ausgegrenzt und ohne Perspektive", "an der Nadel verkeeren oder in den Selbstmord getrieben": RAF, a.a.O. [FN ++, 5], ist nur konsequent, wie Hanna Krabbe, jede militante Aktion zu verwerfen: "Hier in der Gesellschaft, was wir jetzt sehen, ist eine unheimliche Brutalisierung, (...). Die Gewalt, die in den Sechzigern und Siebzigern was Besonderes war und die auch die besondere Funktion hatte - von unserer Seite - gesellschaftliche Widersprüche aufzubrechen, sichtbar zu machen und zuzuspitzen, daß die heute gar nicht mehr die Funktion haben kann. Das haben wir auch an den letzten Aktionen der RAF gesehen, *oder auch von anderen militanten Aktionen*: die passieren, aber es entwickelt sich politisch nichts mehr dran." (AK 343, 03.06.1992, 14 f. [14]).

Zu bedenken ist dabei schließlich, daß sich *nach* dem Wegfall der gewaltsamen Eskalation, das 'realpolitische' Befriedungskalkül weitgehend realisiert zu haben scheint und deshalb die Hafestraße heute nicht mehr die Ausstrahlung als antagonistische Kraft hat, die sie noch vor einigen Jahren hatte.

Adelheid Biesecker, *Nicht-kapitalistisches Milieu und Hausarbeit - Mit welcher Berechtigung und welchem Erfolg stützt sich die feministische Theorie auf Rosa Luxemburg*, in: *beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, Nr. 15, 1985, 165 - 179.

ⁱ Rote Armee Fraktion, *Wir müssen, das Neue suchen*, Beilage zur Konkret 9/1992, 1 - 8 (S. 7, Sp. II).

ⁱⁱ Gregor, *An die Frauen aus Gießen, die den Text geschrieben haben, der in der Interim Nr. 229, vom 25.2.93 abgedruckt ist!*, in: Interim, Nr. 231, 11.03.1993, 3 - 5 (4).

ⁱⁱⁱ RAF, a.a.O. (FN i), S. 5 Sp. I; dazu die Zustimmung im Vorwort der Interim, Nr. 206, 10.09.1993, 2 und jetzt die Bekräftigung der RAF in ihrer Erklärung zu "Weiterstadt", in: Interim, Nr. 235, 08.04.1993, 11 - 17 (13).

^{iv} Revolutionäre Zellen, *"Das Ende unserer Politik"*, in: Konkret 3/1992, 32 - 36 (34). Demgegenüber wiesen einige Ex-RZ-lerInnen (*"Wenn die Nacht am tiefsten..."*) in der Interim, Nr. 187, 02.04.1992, 24 - 28 (26) darauf, "daß revolutionäre Politik (schon rein begrifflich) von Anfang an die Machtfrage stellen bzw. thematisieren muß." Sie geben allerdings zu, "daß das auch in den RZ's allzuoft nicht klar war."

^v *Ergebnisse des 1. Vorbereitungstreffens für die revolutionäre 1. Mai-Demo vom 29.1.1993*, in: Interim, Nr. 228, 18.02.1993, 18 - 19 (19) - Hervorhebung von mir, R.L.

^{vi} Autonomes 1 Mai Plenum, *Auf zu neuen Ufern*, in: Interim, Nr. 237, 22.04.1993, 12 (12).

^{vii} euer Haudraufschluß, AUTONOMER BEIFALL für die BULLEN?, in: Interim, Nr. 240, 13.05.1993, 8 (8): "Und ich finde es schade, daß sich der Schreiber (S. 12) für sein Gefühl der Erleichterung, daß die Bullen eingriffen, schämt. (...) Was beschämt dich daran, daß die Bullen, wie du schreibst, 'unsere Arbeit' machen, 'weil wir nicht mehr weiter wissen'? Natürlich wissen wir weiter! Und die Bullen machen nicht UNSERE, sondern IHRE Arbeit (...)."

^{viii} *Diskussionsbeitrag der Veranstaltungsgruppe*, in: Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen (Hg.), "Die Würde des Menschen ist antastbar" (Ulrike Meinhof). Beiträge von der Veranstaltung am 29.1.93 in Hamburg, S. 6 - 8 (7).

^{ix} Rote Armee Fraktion, *Das Konzept Stadtguerilla*, in: Redaktion (Hg.), Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF), Köln, 1988, 5 - 13 (9): "ökonomistischer Dreck", für den es sich "nicht lohnt, den revolutionären Kampf aufzunehmen und zum Sieg zu führen, wenn 'siegen heißt, prinzipiell akzeptieren, daß das Leben nicht das höchste Gut des Revolutionärs ist' (Debray)." (Hervorhebungen von mir, R.L.).

^x Eduard Bernstein, *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, Hannover, 1964, 28.

^{xi} Georg von Vollmar, *Eldorado-Rede*, in: Iring Fetscher (Hg.), *Der Marxismus*. Seine Geschichte in Dokumenten. Band III, München, 1965, 230, 231, 233 - Hervorhebungen von mir, R.L.

^{xii} Bernstein, a.a.O. (FN x), 9.

^{xiii} Rosa Luxemburg, *Possibilismus, Opportunismus* (1898), in: dies., *Werke*. Band 1/1, 228 - 230 (229).

^{xiv} Rote Armee Fraktion, *Wir grüßen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstration und des internationalen Gegenkongresses gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München*, in: Interim, Nr. 201, 09.07.1992, 14 - 18 (17).

^{xv} Lutz Taufer, *Gesellschaft oder Ghetto*. Brief vom Januar 1993 (veröffentlicht von der Frankfurter Info-Stelle), S. 8.

^{xvi} Brief von Karl-Heinz Dellwo vom 08.09.1992, S. 4.

^{xvii} Brief von Lutz Taufer an die Tübinger Initiative für die Zusammenlegung, in: Interim, Nr. 180, 13.02.1992, 32 - 37 (33).

^{xviii} Stalin, *Werke*, Band 15, Frankfurt am Main, 1972, 134.

^{xix} J.W. Stalin, *Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft*, Berlin/DDR, 1954, 5 (34) zitiert nach *Kritisches Wörterbuch des Marxismus*. Band 6, Westberlin, 1987, 1099.

^{xx} G.W.F. Hegel, *Wissenschaft der Logik*, in: ders., *Werke*, Bd III, Berlin, 1833, 450 f. zitiert nach Lenin, *Werke*, Band 38, 115 f., vgl. ebd., 94, 272, 339.

^{xxi} Rosa Luxemburg, *Zum kommenden Parteitag* (1899), dies., *Werke*, Band 1/1, Berlin/DDR, 1974, 532.

^{xxii} Luxemburg, a.a.O. (FN xxi).

^{xxiii} AK (Drinnen und Draußen), *"Auf ins Offene? Achtung: Sackgasse!"*, in: Interim, Nr. 161, 19.09.1991, 10 - 12 (10).

^{xxiv} AK (Drinnen und Draußen), a.a.O. (FN xxiii), 11. Allerdings gab es schon damals viel Geschwafel über "Neue Subjektivität", "die Menschen", "Antizipation befreiter Formen zwischenmenschlichen Verkehrs" u.a. (ebd., 12).

^{xxv} Kommunikationsprojekt Celle "Power durch die Mauer" (Interview mit dem AK Drinnen und Draußen in der Zeitschrift *Brennpunkt* Okt./Nov. 1992, nachgedruckt, in: *Angehörigen-Info*, Nr. 111, 28.01.1992, 2 - 4: "(...) wir haben den Schritt der RAF begrüßt (...) Allerdings gibt es (...) bei uns leise Kritik an der Argumentationsweise (...) was aber jetzt für uns nicht das Entscheidende ist." (S. 2 f. - Hervorhebungen von mir, R.L.) "(...) materiell die Basis erreicht, auf der eine politische Lösung, d.h. die Freiheit für alle politischen Gefangenen in absehbarer Zeit, gesellschaftlich verankert und durchgesetzt werden kann." (S. 4 - Hervorhebung von mir, R.L.)

^{xxvi} Einige Anmerkungen zu "Die KGT Initiative und wir - ein Rückblick", S. 1 - Hervorhebung von mir, R.L.

^{xxvii} Einige Anmerkungen..., S. 2 und 3.

^{xxviii} AK (Drinnen und Draußen), a.a.O. (FN xxiii), 11.

^{xxix} Rosa Luxemburg, *Sozialreform oder Revolution?* (1899), in: dies., *Werke*. Band 1/1, 367 - 466 (399).

^{xxx} Luxemburg, a.a.O. (FN xxi), 533.

^{xxxi} Einige Anmerkungen..., S. 3.

^{xxxii} *Das Neue zu denken erlernen*, in: Swing, Nr. 49, Februar 1993, 42 f. (42).

^{xxxiii} *Angehörigen-Info*, Nr. 114, 10.3.1993, 6.

^{xxxiv} Rote Armee Fraktion, *Erklärung vom 10. April 1992*, in: Interim, Nr. 189, 16.04.1992, 4 - 6 (5).

^{xxxv} Brief von Lutz Taufer vom Januar 1993.

^{xxxvi} Brief von Lutz Taufer vom Januar 1993, S. 1.

^{xxxvii} RAF, *Weiterstadt*, in: Interim, Nr. 235, 08.04.1993, 11 - 17 (11).

^{xxxviii} Luxemburg, a.a.O. (FN xxix), 428.

^{xxxix} RAF, a.a.O. (FN xxxiv), 4.

^{xl} Luxemburg, a.a.O. (FN xxix), 429.

^{xli} Luxemburg, a.a.O. (FN xxix), 369.

^{xlii} Rosa Luxemburg, *Rede über das Verhältnis des trade-unionistischen zum politischen Kampf auf dem SPD-Parteitag 1898 in Stuttgart*, in: dies., *Werke*. Band 1/1, 238 - 241 (241).

^{xliii} RAF, a.a.O. (FN xxxiv), 4.

^{xliv} Luxemburg, a.a.O. (FN xxix), 402.

^{xlv} Karl Höchberg / Eduard Bernstein / Karl August Schramm zit n. Karl Marx / Friedrich Engels, *Zirkularbrief an Bebel, Liebknecht, Bracke u.a.*, in: MEW 19, 150 - 166 (162).

^{xlvi} Karl Marx / Friedrich Engels, a.a.O. (FN xlv), 162.

^{xlvii} Luxemburg, a.a.O. (FN xxi), 531.

^{xlviii} zitiert nach Fetscher, a.a.O. (FN xi), 238.

^{xlix} Luxemburg, a.a.O. (FN xxix), 402.

^l Luxemburg, a.a.O. (FN xxix), 403.

^{li} zitiert nach Fetscher, a.a.O. (FN xi), 248.

^{lii} RAF, a.a.O. (FN i), S. 8, Sp. III.

^{liii} RAF, a.a.O. (FN i), S. 8, Sp. II.

^{liv} Brief von Eva Haulé vom Mai 1991, in: AK Drinnen und Draußen Celle (Hg.), *"Der Sprung ist vielmehr ein langwieriger und harter Prozeß" (Lukács)*. Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahren 1988 bis 1992, Köln, 1992, 9, 13 f. (13).

^{lv} Irmgard Möller, *Erklärung vom 15.4.1992*, in: AK Drinnen und Draußen, a.a.O. (FN liv), 83.

^{lvi} Brief von Lutz Taufer vom Januar 1993, S. 4.

^{lvii} Rosa Luxemburg, *Eine taktische Frage* (1899), in: dies., *Werke*. Band 1/1, 483 - 486 (484 f.).

^{lviii} Luxemburg, a.a.O., (FN xxix), 422.

^{lix} Rosa Luxemburg, *Das Offiziösentum der Theorie* (1912/1913), in: dies., *Werke*. Band 3, 300 - 321 (315).

^{lx} Luxemburg, a.a.O. (FN xxix), 441.

^{lxi} Gregor, *An Anna und Arthur, wg. der Diskussion um den Text der Frauen aus Gießen aus Interim 229!*, in: Interim, Nr. 233, 25.03.1993, 33 f. (34).

^{lxii} Luxemburg, a.a.O. (FN xxi), 521.

^{lxiii} Luxemburg, a.a.O. (FN xxix), 460, 519.

^{lxiv} Rosa Luxemburg, *Erörterung über die Taktik* (1898), in: dies., *Werke*. Band 1/1, 257 - 263 (262, 263); vgl. auch Luxemburg, a.a.O. (FN xxix), 462: "Schade, daß Genosse Schippel in dem kaleidoskopischen Wechsel seiner ökonomisch-politischen Sympathien jedesmal mit seinen Neigungen von gestern so gründlich bricht, daß ihm nicht die leiseste Erinnerung bleibt."

^{lxv} zitiert nach Luxemburg, a.a.O. (FN xxi), 521.

^{lxvi} Luxemburg, a.a.O. (FN xxi), 521.

^{lxvii} Gregor, a.a.O. (FN ii), 3.

^{lxviii} Gregor, *Nochmal - zum letzten Mal*, in: Interim, Nr. 236, 15.04.1993, 30 - 32 (34).

^{lxix} Gregor, a.a.O. (FN lxviii), 31.

^{lxx} zitiert nach Luxemburg, a.a.O. (FN xxi), 524 f.

^{lxxi} zitiert nach Luxemburg, a.a.O. (FN xxi), 523.

^{lxxii} RAF, a.a.O. (FN iii), 12.

^{lxxiii} RAF, a.a.O. (FN iii), 12, 17 - Hervorhebungen von mir, R.L.

^{lxxiv} Luxemburg, a.a.O. (FN xxix), 412.

- lxxv Bernstein zit. n. Luxemburg, a.a.O. (FN xxix), 420.
- lxxvi Luxemburg, a.a.O. (FN xxix), 412.
- lxxvii Luxemburg, a.a.O. (FN xxix), 420 f.
- lxxviii Brief von Helmut Pohl vom Januar 1992, in: AK Drinnen und Draußen (Hg.), a.a.O. (FN liv), 17.
- lxxix S. dazu meinen [Brief an die "Grünen", in: MOZ. Moderne Zeiten, Jan./Feb. 1984, 46 - 48.](#)
- lxxx Gruppe "Freiheit für die politischen Gefangenen", Aber in den 80ern lief es ganz anders... und was Jetzt? Diskussion über die RAF-Erklärung vom August 1992, Berlin, 1992, 36.
- lxxxi Antje Vollmer / Bernd Ullrich, *Kein Lager darauf zu schwören*. Einige Hieb- und Stichworte zur grün-alternativen Perspektive, in: DIE GRÜNEN, Bundesgeschäftsstelle (Hg.), *von der Mühsal der Ebenen und der Lust der Höhen...? Grüne Perspektiven*. Kongreß vom 16.-19. Juni 1988 in und um Haus Wittgenstein/Bornheim-Roisdorf, Bonn, 1988, 65 - 71 (66).
- lxxxii Vollmer/Ullrich, a.a.O. (FN lxxxi), 65.
- lxxxiii Karl-Heinz Dellwo, *Keine Rückkehr zum bewaffneten Kampf*, in: taz, 07.11.1992, 11 (11).
- lxxxiv Luxemburg, a.a.O. (FN xxix), 465.
- lxxxv Vollmer/Ullrich, a.a.O. (FN lxxxi), 70.
- lxxxvi Joschka Fischer u.a., *Sein oder Nichtsein*, in: Sein oder nicht. Entwürfe für ein realpolitisches Manifest, Juni 1988, 3 - 12 (12) - Hervorhebungen von mir, R.L.
- lxxxvii Fischer u.a., a.a.O. (FN lxxxvi).
- lxxxviii Joschka Fischer u.a., *"Das Würgeisen der Spaltung um den Hals"*, in: Arbeiterkampf AK 295, 30.05.1988, 5 - Hervorhebung von mir, R.L.
- lxxxix Fischer u.a., a.a.O. (FN lxxxvi), 11 - Hervorhebung von mir, R.L.
- xc Antje Vollmer u.a., *GRÜNER Aufbruch '88* (Auszug), in: Stachlige Argumente, Nr. 52, September 1988, 22 - 25 (23).
- xcI Brief von Lutz Tauffer vom Januar 1993, S. 2, 4 - Hervorhebungen von mir, R.L.
- xcii Vollmer/Ullrich, a.a.O. (FN lxxxi), 67 - Hervorhebung von mir, R.L.
- xciii Brief von Helmut Pohl vom Oktober 1991, in: AK Drinnen und Draußen, a.a.O. (FN liv), 15 f. - Hervorhebung von mir, R.L.
- xciv Vollmer/Ullrich, a.a.O. (FN lxxxi), 68.
- xcv Vgl. Vollmer/Ullrich, a.a.O. (FN lxxxi), 70: Die These zu vertreten, daß die NATO strukturell abrüstungsunfähig sei, bedeute nur so zu "tun, als ob mensch sich für Abrüstung einsetze" (sic!). Tatsächlich würden der Vertreter dieser These in erster Linie dafür kämpfen, seine "These zu beweisen. Anders ausgedrückt: Er beweist die Verelendung (mehr Aufrüstung, die sich dann um so besser entlarven läßt), oder er ist gleich für die Revolution (die dann stattfindet, wenn alles so richtig entlarvt ist)."
- xcvi Vollmer u.a., a.a.O. (FN xc), 23 - Hervorhebungen von mir, R.L.
- xcvii RAF, a.a.O. (FN iii), 13 - Hervorhebungen von mir, R.L.
- xcviii Vollmer/Ullrich, a.a.O. (FN lxxxi), 70.
- xcix Luxemburg, a.a.O. (FN xxix), 429, vgl. 450.
- c Vollmer/Ullrich, a.a.O. (FN lxxxi), 71.
- ci RAF, a.a.O. (FN xxxiv), 5.
- cii Vollmer/Ullrich, a.a.O. (FN lxxxi), 70 - Hervorhebung von mir, R.L.
- ciii Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen, a.a.O., (FN viii), 6.
- civ Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen, a.a.O., (FN viii), 7 - Hervorhebungen von mir, R.L.
- cv *Einleitungsbeitrag zur Diskussion*, in: Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen, a.a.O., (FN viii), 9 (9) - Hervorhebungen von mir, R.L.
- cvi Autonomes 1 Mai Plenum, a.a.O. (FN vi).
- cvii Vollmer/Ullrich, a.a.O. (FN lxxxi), 68, vgl. 65.
- cviii Ernst Käsemann / Antje Vollmer / Martin Walser, *Vorschlag zur Eröffnung eines gesellschaftlichen Dialoges - gerichtet an die RAF-Häftlinge, an Herrn Justizminister Engelhardt und an Herrn Generalbundesanwalt Rebmann*, in: Büro Antje Vollmer (Hg.), *Der Deutsche Herbst 1977*. Texte (II) zur Fraktionssitzung der GRÜNEN im Bundestag am 13. Oktober 1987, 2 - 5 (3).
- cix Initiative..., a.a.O. (FN viii), 6 - Hervorhebungen von mir, R.L.
- cx Vollmer/Ullrich, a.a.O. (FN lxxxi), 71 - Hervorhebungen von mir, R.L.
- cxI Fischer u.a., a.a.O. (FN lxxxvi), 11 - Hervorhebung von mir, R.L.
- cxii Brief von Lutz Tauffer vom Januar 1993, S. 8 - Hervorhebung von mir, R.L.
- cxiii "die andere option. sie ist erheblich unübersichtlicher als 'wir-sie'. sie ist in dem maß in den letzten jahren unübersichtlich geworden wie die gesellschaftliche und politische situation unübersichtlich geworden ist. die erfolgsaussichten sind, erstmal jedenfalls, nicht überwältigend. aber die suche außerhalb des ghettos ist die einzige, die einen sinn macht." (Brief von Lutz Tauffer vom Januar 1993, S. 8).
- cxiv S. dazu bspw. Brief von Karl-Heinz Dellwo vom 08.09.1992, S. 1 - 3 und Brief von Lutz Tauffer vom Januar 1993, S. 1 f.
- cxv Rosa Luxemburg, *Kautskys Buch wider Bernstein*, in: dies., Werke 1/1, 537 - 554 (538).
- cxvi Eduard Bernstein, in: Vorwärts, 26.03.1899 zitiert nach Luxemburg, a.a.O. (FN xxi), 421 - Hervorhebung von mir, R.L.
- cxvii Luxemburg, a.a.O. (FN xxi), 421.
- cxviii Fischer u.a., a.a.O. (FN lxxxvi), 11 - Großschreibung im Original; die anderen Hervorhebungen sind von mir, R.L.
- cxix zitiert nach Wolfgang Kraushaar, *Realpolitik als Ideologie*. Von Ludwig August von Rochau zu Joschka Fischer, in: 1999, Heft 3/1988, 79 - 137 (117, 118, 122, 124) - Hervorhebungen von mir, R.L.
- cxx RAF-Erklärung vom April 1992 - Hervorhebungen von mir, R.L.
- cxxi Karl-Heinz Dellwo im Konkret-Gespräch ("Sie wollen uns auslöschen..."), in: Konkret 6/1992, 10 - 19 (11) - Hervorhebungen von mir, R.L.
- cxvii Fischer u.a., a.a.O. (FN lxxxvi), 4 - Hervorhebung von mir, R.L.
- cxviii RAF, a.a.O. (FN iii), 16 f. - Hervorhebung von mir, R.L.
- cxviii RAF, a.a.O. (FN iii), 13.
- cxviii Gregor, a.a.O. (FN ii).
- cxix Gregor, a.a.O. (FN lxviii), 31, 32.
- cxviii Gregor, a.a.O. (FN ii), 3 f.
- cxviii Vollmer u.a., a.a.O. (FN xc), 24 - Hervorhebung von mir, R.L.
- cxviii Fischer u.a., a.a.O. (FN lxxxvi), 11 - Hervorhebung von mir, R.L.
- cxviii Initiative..., a.a.O. (FN viii), 7 - Hervorhebung von mir, R.L.
- cxviii DIE GRÜNEN, *Sinnvoll arbeiten, solidarisch leben*. Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, Bonn, 1983.
- cxviii Brief von Karl-Heinz Dellwo vom 08.09.1992, S. 3 - Hervorhebungen von mir, R.L.
- cxviii Fischer u.a., a.a.O. (FN lxxxvi), 6, 11 - Hervorhebungen von mir, R.L.
- cxviii Gisela Erler, Antje Vollmer u.a., *Müttermanifest - Leben mit Kindern - Mütter werden laut*, Bonn, 1987 - Hervorhebungen von mir, R.L.
- cxviii Brief von Lutz Tauffer vom Januar 1993, S. 2 - Hervorhebungen von mir, R.L.
- cxI Waltraud Schoppe / Gisela Wülfing, *Selbstverständlich gleich sein - und trotzdem anders sein*, in: Fischer u.a., a.a.O. (FN lxxxvi), 13 - 16 (16) - Hervorhebung von mir, R.L.
- cxli Brief von Karl-Heinz Dellwo vom 08.09.1992, S. 4.
- cxlii [Vermutlich erster Entwurf von Fischer u.a., a.a.O. (FN lxxxvi) (vgl. ebd., das Vorwort auf S. 2)] zitiert nach Thomas Ebermann / Rainer Trampert, *Yuppie yeah!*, in: Vorabdruck aus: Konkret 7/1988, 2.
- cxliii Knut Folkerts, Brief vom 07.01.1993, S. 4, mit sinnenstellenden Druckfehlern abgedruckt in: Angehörigen-Info, Nr. 113, 24.2.1993.
- cxliv Brief von Lutz Tauffer vom Januar 1993, S. 3
- cxlv Fischer u.a., a.a.O. (FN lxxxvi), 10 - Hervorhebungen von mir, R.L.
- cxlvi Brief von Lutz Tauffer vom Januar 1993, S. 2 - Hervorhebungen von mir, R.L.
- cxlvii Hubert Kleinert u.a. zitiert nach Michael Stamm / Jürgen Reents, *Bekanntnisse zur Gewaltfreiheit - oder: Welche Gewalt ist erlaubt*, in: AK 290, 11.01.1988, 25 f. (26).
- cxlviii Stamm/Reents, a.a.O. (FN cxlvii), 26.
- cxlix RAF, a.a.O. (FN xxxiv), 5.
- cl Gregor, a.a.O. (FN lxi), 34.
- cli Luxemburg, a.a.O. (FN xxix), 404.
- clii Kämpfende Kommunistische Zellen, *Konkrete Antworten auf konkrete Fragen*, in: Texte 1984-85, 29 - 32 (31 f.) - Hervorhebung im Original.